

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 7

Gesundheitswesen

III. Krankenhäuser, Berufe des Gesundheitswesens

1965

Hinweis :

Der bisherige Titel

III. Krankenanstalten, Heil- und Heilhilfspersonen
wird ab sofort wie folgt geändert:

III. Krankenhäuser, Berufe des Gesundheitswesens



Bestellnummer : A 7/III - j 65

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Inhalt

Krankenhäuser	Seite
Textteil	
Vorbemerkung	3
Krankenhäuser nach Zweckbestimmung und Trägern	3
Ärzte	5
Krankenpflege und Wirtschaftspersonal	6
Krankenbewegung und Verweildauer	6
Zusammenfassung	8
Schaubild	9
Tabellenteil	
Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Ländern, Art und ausgewählter Zweckbestimmung der Betten	10
Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Ländern, Art und Trägern	10
Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Größenklassen, Art und Trägern	10
Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Zweckbestimmung und Ländern	11
Fachkrankenhäuser und Fachabteilungen am 31. Dezember 1965 nach der Zweckbestimmung	11
Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Ländern und größeren Verwaltungsbezirken	12
Krankenbewegung in den Krankenhäusern 1965 nach Ländern und Trägern	13
Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965 nach Berufsausübung, Fachgebiet und Ländern	13
Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965 nach Berufsgruppen	14
Pflegepersonen, Hebammen und sonstiges Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965 nach Ländern und Berufsgruppen	15
Berufe des Gesundheitswesens	
Textteil	
Vorbemerkung	16
Ärzte	16
Zahnärzte	18
Ubrige Berufe des Gesundheitswesens	18
Personelle Besetzung der Gesundheitsämter	19
Apotheken und Personal der Apotheken	19
Zusammenfassung	20
Schaubild	21
Tabellenteil	
Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte am 31. Dezember 1965 nach Berufsausübung, Geschlecht und Ländern	22
Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte am 31. Dezember 1965 nach Berufsausübung und Ländern	24
Berufstätige Ärzte am 31. Dezember 1965 nach Ländern und Fachgebieten	24
Erteilte Approbationen 1965 nach Ländern	24
Von den Ärztekammern im Jahre 1965 ausgesprochene Facharztanerkennungen nach Geschlecht und Ländern	25
Ubrige im Gesundheitswesen tätige Personen am 31. Dezember 1965 nach Ländern und Geschlecht	26
Gesundheitsämter und Personal der Gesundheitsämter am 31. Dezember 1965 nach Ländern	26
Apotheken und Personal der Apotheken am 31. Dezember 1965 nach Ländern	27

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

Erschienen im April 1967

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis: DM 2,-

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler Gliederung werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen Landesämter mit der Kennziffer A IV 1j und 2j veröffentlicht.



Krankenhäuser 1965

Vorbemerkung

Im Rahmen der Krankenhausstatistik werden alle Krankenhäuser und Sanatorien erfaßt, die gemäß § 47 der 3. DVO zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 der Beaufsichtigung des zuständigen Gesundheitsamtes unterstehen. Krankenhäuser im Sinne dieser Erhebung sind Anstalten, in denen Kranke untergebracht und gepflegt werden und in denen durch ärztliche Hilfeleistung angestrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern, sowie Entbindungsheime mit mindestens zehn Betten. Entsprechend der Art des Trägers der Anstalt werden die öffentlichen, die freien gemeinnützigen und die privaten Krankenhäuser unterschieden. Die öffentlichen Krankenhäuser werden von Gebietskörperschaften, von Zusammenschlüssen solcher Körperschaften (Zweckverbänden) oder von Sozialversicherungsträgern betrieben. Private Krankenhäuser sind als Erwerbsunternehmen auf Grund von § 30 der Reichsgewerbeordnung konzessioniert. Alle übrigen Krankenhäuser werden als freie gemeinnützige Anstalten bezeichnet, deren Träger vornehmlich kirchliche Verbände (z. B. Caritas und Innere Mission), das Deutsche Rote Kreuz, Stiftungen oder ähnliche Institutionen sind.

Hinsichtlich ihrer fachlichen Ausrichtung (Zweckbestimmung) werden die Krankenhäuser nach einer Systematik erfaßt, die für statistische Zwecke erarbeitet worden ist; je nachdem, ob die Krankenhäuser vorwiegend der Behandlung von akut oder chronisch Kranken dienen, wird außerdem der Unterschied zwischen Akut- und Sonderkrankenhäusern gemacht.

Die beiden Gliederungsmöglichkeiten seien durch das nachfolgende Schema verdeutlicht (Zahlen zum 31. Dezember 1965):

Krankenhäuser
3 639 mit 631 447 Betten

1. Gliederung nach dem Träger

Öffentliche Krankenhäuser	Freie gemeinnützige Krankenhäuser	Private Krankenhäuser
1 365 mit 348 364 Betten	1 291 mit 230 787 Betten	983 mit 52 296 Betten

2. Gliederung nach der Zweckbestimmung

Krankenhäuser für Akutkranke ¹⁾	Sonderkrankenhäuser ¹⁾
2 560 mit 423 219 Betten	1 079 mit 208 228 Betten

¹⁾ Einschl. Universitätskrankenhäuser.

Der statistische Nachweis über das Krankenhaus umfaßt die Institution nach der Wirtschaftseinheit; demnach werden auch mehrere ärztlich selbständig geleitete Fachabteilungen oder -kliniken als eine Einheit gezählt.

Krankenhäuser nach Zweckbestimmung und Trägern

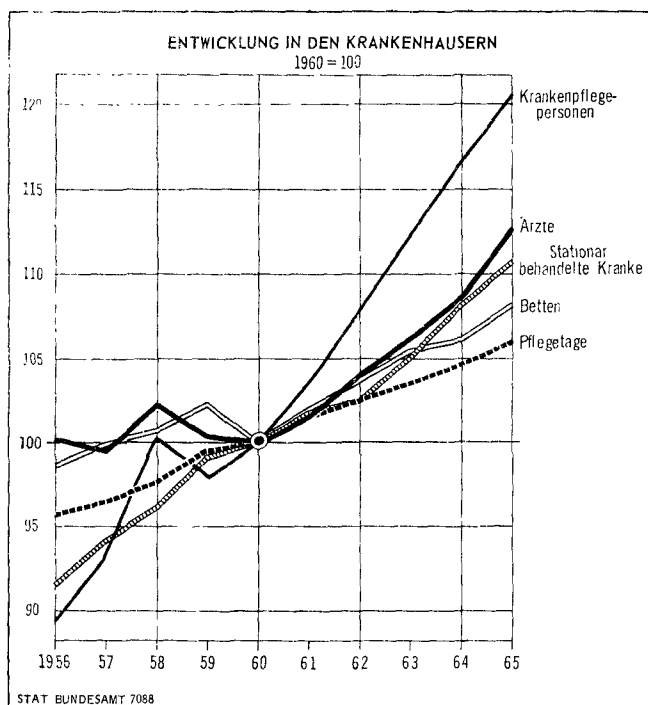
Ende 1965 betrug die Gesamtzahl aller Krankenhäuser und Entbindungsheime 3 639. Sie blieb damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Jedoch wurden am Ende des Berichtsjahrs 12 000, das sind 1,9 %, planmäßige Krankenhausbetten mehr registriert als im Vorjahr. Eine Zunahme an Betten war nur bei den Krankenhäusern mit 100 Betten und mehr zu verzeichnen, am stärksten bei den Krankenhäusern mit 1 000 und mehr Betten (+ 8 000). In den Größenklassen von weniger als 100 Betten wurden weniger Anstalten und weniger Betten registriert. Die Zahl der Krankenhausbetten belief sich auf 631 447. Von ihnen entfielen 348 364 oder 55,2 % auf Krankenhäuser mit einem öffentlichen Träger, 230 787 oder 36,5 % auf Krankenhäuser mit einem freien gemeinnützigen Träger und 52 296 oder 8,3 % auf die privaten Krankenhäuser. Bei allen drei Trägern ist eine Zunahme der Bettenzahl zu verzeichnen; relativ am stärksten ist die Zahl der Betten bei den privaten Krankenhäusern gestiegen, nämlich

um 2 506 (Vorjahr 1 993) bzw. 5 %. Es folgen die öffentlichen Krankenhäuser. Hier betrug die Zunahme der Bettenzahl 6 656 (1 077) oder 2 %. Die geringste relative Zunahme an Betten hatten die freien gemeinnützigen Krankenhäuser zu verzeichnen; sie betrug hier 2 897 (633) bzw. 1,3 %. In diesen unterschiedlichen Zuwachsraten kommt eine Entwicklung zum Ausdruck, die in der Betrachtung eines längeren Zeitraums ihre Bestätigung findet. Während die Anteile der Betten in den öffentlichen und in den freien gemeinnützigen Krankenhäusern seit 1956 geringfügig zurückgegangen sind, hat der Anteil der Betten in den privaten Krankenhäusern ständig zugenommen; noch 1956 lag er bei 6,2 %, 1965 dagegen bei 8,3 %.

Tabelle 1:
Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Trägern

Jahresende	insgesamt	Krankenhäuser				
		für Akut-Kranke	öffentliche zusammen	darunter kommunale	freie gemeinnützige private	
Krankenhäuser						
1956	3 555		1 400		1 339	816
1963	3 644	2 635	1 389		1 297	958
1964	3 633	2 566	1 375	813	1 290	968
1965	3 639	2 560	1 365	785	1 291	983
Planmäßige Betten						
1956	575 311		320 974		218 461	35 876
1963	615 685	418 341	340 631		227 257	47 797
1964	619 388	417 816	341 708	153 955	227 890	49 790
1965	631 447	423 219	348 364	154 467	230 787	52 296
Prozentuale Verteilung der planmäßigen Betten						
1956	100		55,8		38,0	6,2
1963	100	67,9	55,3		36,9	7,8
1964	100	67,5	55,2	24,9	36,8	8,0
1965	100	67,0	55,2	24,5	36,5	8,3

Die Anteile der öffentlichen, der freien gemeinnützigen und der privaten Krankenhäuser in den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich. Während im Durchschnitt des Bundesgebietes 55,2 % aller Krankenhausbetten in öffentlichen Krankenhäusern stehen, schwankt dieser Anteil zwischen 37,7 % in Nordrhein-Westfalen und 71,5 % in Schleswig-Holstein. Bei den freien gemeinnützigen Krankenhäusern bewegt sich der Anteil der Betten zwischen 19,3 % in Bayern und 60,4 % in Nordrhein-Westfalen; der Bundesdurchschnitt liegt bei 36,5 %. Noch krasser divergieren die Anteile bei den privaten Krankenhäusern. Während im Saarland nur 1,9 % und im Bundesdurchschnitt 8,3 % aller Betten einen privaten Krankenträger haben, sind es in Baden-Württemberg 14,2 %, in Niedersachsen 11,7 %, in Hessen 11,2 % und in Bayern 11,0 %. Diese Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern hängen teilweise mit dem unterschiedlichen Schwergewicht der Fachrichtung bei den Trägern zusammen. Während im Bundesdurchschnitt 67 % aller Krankenhausbetten in Akutkrankenhäusern stehen, sind es bei den öffentlichen Trägern 65 %, bei den freien gemeinnützigen Krankenhäusern 77,5 %, bei den privaten Krankenhäusern dagegen nur 34,8 %. Im Gegensatz zu den öffentlichen und den freien gemeinnützigen Krankenhäusern überwiegt bei den privaten Anstalten bei weitem der Anteil der Sonderkrankenhäuser. Die Ursache hierfür ist der hohe Anteil von privaten Kurkrankenhäusern. Hat im Durchschnitt aller Fachrichtungen nur etwa jedes zwölfte Bett einen privaten Träger, so ist es bei den Kurkrankenhäusern jedes zweite! In den Ländern, die einen hohen Anteil an Kurkrankenhäusern besitzen, steigt daher der Anteil der privaten Krankenhäuser entsprechend an. Entfallen im Bundesdurchschnitt 7,8 % aller Betten auf Kurkrankenhäuser, so sind es in Baden-Württemberg 9,9 %, in Hessen 18,8 % und in Bayern 13,2 %. In Niedersachsen kommt der hohe Anteil an Betten in privaten Sonderkrankenhäusern



durch zwei psychiatrische Anstalten mit insgesamt fast 2 000 Betten zustande.

Während die Zahl der Betten in den Fachkrankenhäusern sowie in den allgemeinen Krankenhäusern mit abgegrenzten Fachabteilungen um 13 383 zugenommen hat, ist sie in den allgemeinen Krankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen weiter zurückgegangen und hat mit 34 677 (36 001) Betten ihren bisher niedrigsten Stand erreicht. Nur noch jedes achtzehnte planmäßige Bett steht in einem Krankenhaus mit allgemeiner Zweckbestimmung ohne abgegrenzte Fachabteilungen, während es vor fünf Jahren noch jedes zwölfte Bett gewesen war. Unter den Betten in den Fachkliniken und Fachabtei-

Tabelle 2: Prozentuale Verteilung und Veränderung der planmäßigen Betten in Fachkrankenhäusern und -abteilungen ausgewählter Zweckbestimmung

Fachkrankenhäuser und -abteilungen	Verteilung am Jahresende			Zu- (+) bzw. Abnahme (—)	
	1963	1964	1965	1964 gegenüber 1963	1965 gegenüber 1964
Insgesamt	100	100	100	+ 1,9	+ 2,0
darunter für:					
Innere Krankheiten	19,3	19,3	19,4	+ 2,4	+ 2,2
Säuglings- und Kinderkrankheiten	4,6	4,7	4,7	+ 3,6	+ 2,8
Chirurgie	19,8	20,2	19,8	+ 3,9	+ 0,2
Gynäkologie und Geburtshilfe einschl. Entbindungsheime	7,6	8,0	8,1	+ 6,2	+ 3,7
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	2,3	2,3	2,3	+ 2,4	+ 1,8
Tuberkulose	8,2	7,7	7,2	— 4,4	— 4,3
Psychiatrie und Neurologie	18,4	18,4	18,6	+ 1,9	+ 2,8
Chronisch-Kranke	2,3	2,1	2,2	— 6,6	+ 4,8

lungen überwiegt die Zweckbestimmung der Chirurgie; ihre Zahl beträgt 118 086 (117 908); es folgen die Fachabteilungen und -krankenhäuser für Innere Krankheiten mit 115 584 (113 090) und für Psychiatrie und Neurologie mit 110 740 (107 714) planmäßigen Betten. An der Zunahme der Betten in diesen Krankenhäusern sind am stärksten die Fachkrankenhäuser bzw. -abteilungen für Psychiatrie und Neurologie beteiligt; die Zahl der Betten hat hier um 3 026 (2 045) zugenommen; es folgen die Fachkrankenhäuser bzw. -abteilungen für Innere Krankheiten mit 2 494 (2 629) Betten. Der stärkste Bettenrückgang — nämlich um 1 917 (2 063) Betten — ist bei den Facheinrichtungen für Tuberkulose zu verzeichnen; hier setzt sich eine Entwicklung fort, die sich schon seit einigen Jahren

beobachten läßt und die ihre Ursache im Rückgang der Tuberkuloseerkrankungen hat.

In den Fachkrankenhäusern wurden im Berichtsjahr 264 628 (259 094) planmäßige Betten gezählt¹⁾; bei diesen Anstalten, die nicht in einer Wirtschaftseinheit mit anderen Fachkrankenhäusern und -abteilungen zusammengeschlossen sind, handelt es sich vorwiegend um Fachkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie. Für die Behandlung psychisch Kranker und Nervenkranker standen 166 (164) Krankenhäuser mit 104 472 Betten, also nahezu 40 % aller planmäßigen Betten in Fachkrankenhäusern zur Verfügung. Es folgen die Kurkrankenhäuser mit 18,6 % (17,2) und die Krankenhäuser für Tuberkulose mit 13,2 % (13,8) aller in Fachkrankenhäusern aufgestellten Betten.

Die Bettenzahl in diesen Fachkrankenhäusern ist von 239 626 Ende 1960 auf 264 628 im Berichtsjahr und damit um 10,4 % gestiegen. Dabei hat die Zahl der Betten in den Kurkrankenhäusern am stärksten zugenommen, nämlich um 53,8 % von 32 059 auf 49 303; gleichzeitig hat sich die Zahl der Krankenhäuser um 170 auf 552 erhöht. Zu dieser starken Zunahme hat beigetragen, daß ein Teil der bereits bestehenden Krankenhäuser seine Zweckbestimmung geändert hat. Der stärkste Rückgang innerhalb der Fachkrankenhäuser ist bei den Betten der Fachkrankenhäuser für Tuberkulose zu verzeichnen; noch 1960 gab es 273 Fachkrankenhäuser für Tuberkulosekranke mit 40 119 Betten. Im Berichtsjahr waren es dagegen nur noch 223 Krankenhäuser mit 34 907 Betten.

In den Universitätskliniken des Bundesgebietes wurden am Ende des Berichtsjahres 35 373 (34 657) planmäßige Betten oder 5,6 % aller planmäßigen Betten in Krankenhäusern gezählt. Besonders groß war der Bettenanteil der Universitätskliniken in den Fachkrankenhäusern und -abteilungen für Neurochirurgie, nämlich 51,8 %, es folgen die Facheinrichtungen für Haut- und Geschlechtskrankheiten mit 35,2 % und für Augenkrankheiten mit 27,8 %. Am niedrigsten war der Anteil der Betten in den Universitätsfachkrankenhäusern und -abteilungen bei den Facheinrichtungen für Tuberkulose: 2,2 %, dann für Psychiatrie und Neurologie: 3,9 %.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten hat sich im Berichtsjahr geringfügig verbessert. Während Ende 1960 auf 10 000 Einwohner 104,6 planmäßige Krankenhausbetten entfielen, waren es im Berichtsjahr 106,5. Da sich die Krankenhausbetten vor allem in den Sonderkrankenhäusern vermehrt haben, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Betten in den Akutkrankenhäusern beinahe unverändert geblieben, während sie sich im Vergleich mit 1960 bei einem Rückgang von 72,8 auf 71,4 Betten sogar verschlechtert hat. Die Versorgung der Bevölkerung mit Akutbetten weist zwischen den einzelnen Bundesländern Unterschiede auf. Diese Unterschiede müssen jedoch mit dem Vorbehalt betrachtet werden, daß die Bundesländer keine geschlossenen Versorgungsbezirke darstellen. Die niedrigste Zahl von Akutbetten auf 10 000 Einwohner wurde in Schleswig-Holstein mit 56,0 registriert; es folgen Hessen mit 62,0 und Niedersachsen mit 64,2; die höchste Bettendichte weisen die Bundesländer Berlin (West) mit 106,3, Hamburg mit 101,4 und das Saarland mit 80,3 Betten auf 10 000 Einwohner auf. Bei einer Analyse der unterschiedlichen Dichte an Betten in den Akutkrankenhäusern muß ferner berücksichtigt werden, daß die Verteilung der Sonderkrankenhäuser über das Bundesgebiet außerordentlich divergiert und eine präzise Abgrenzung zwischen den Patienten dieser beiden Arten von Krankenhäusern nicht möglich ist. Während im Bundesdurchschnitt zwei von drei Krankenhausbetten ihrer Zweckbestimmung nach der Behandlung von Akutkranken dienen, gibt es Bundesländer, in denen nahezu die Hälfte aller Krankenhausbetten in Sonderkrankenhäusern stehen; so beträgt der Anteil der Sonderkrankenhäuser in Schleswig-Holstein 47 % und in Hessen 44 %. Auf der anderen Seite aber gibt es Bundesländer, in denen der Anteil der Sonderkrankenhäuser verschwindend gering ist: Vor allem

¹⁾ Vgl. Tab. „Krankenhäuser nach Zweckbestimmung und Ländern“.

Tabelle 3:
Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten

Jahresende	Krankenhäuser	Planmäßige Betten	
	Anzahl		auf 10 000 Einwohner
Insgesamt			
1938 ¹⁾	4 673	637 090	93,5
1956	3 555	575 311	107,9
1960	3 604	583 513	104,6
1961	3 627	594 642	105,1
1962	3 651	604 932	105,7
1963	3 644	615 685	106,4
1964	3 633 ²⁾	619 388	105,7
1965	3 639 ²⁾	631 447	106,5
darunter Krankenhäuser für Akut-Kranke			
1960	2 678	406 022	72,8
1961	2 680	413 927	73,1
1962	2 664	425 519	74,3
1963	2 635	418 341	72,3
1964	2 566	417 816	71,3
1965	2 560	423 219	71,4

¹⁾ Reichsgebiet (Gebietsstand: 31. 12. 1937). — ²⁾ In Bayern einschl. 24 Krankenhäuser ohne planmäßige Betten. — ³⁾ In Bayern einschl. 20 Krankenhäuser ohne planmäßige Betten.

Hamburg, wo der Anteil von Betten in Sonderkrankenhäusern nur 6 %, und das Saarland, wo er 17 % beträgt, seien hier genannt. Auch Berlin (West) hat mit 27 % einen unterdurchschnittlichen Anteil an Betten in Sonderkrankenhäusern. Diese Verhältnisse legen den Gedanken nahe, daß eine Beziehung zwischen der Bettendichte in Akutkrankenhäusern und dem Bettenanteil der Sonderkrankenhäuser am Gesamtkrankenhausbettenbestand folgender Art bestehen könnte: Je höher in einem Bundesland der Anteil der Betten in Sonderkrankenhäusern ist, desto niedriger ist die Bettendichte in Akutkrankenhäusern. Wenn auch eine Berechnung der Bettendichte gemeinsam für die Akut- und Sonderkrankenhäuser vorgenommen wurde, so gelten doch hier in noch stärkerem Maße die Bedenken, die einem Vergleich der Bettendichte in den Akutkrankenhäusern entgegengehalten wurden: Die Patienten werden hier vielfach noch häufiger in Anstalten außerhalb des Bundeslandes ihres Wohnsitzes verlegt als die Patienten der Akutkrankenhäuser.

Ärzte

Die in den Krankenhäusern tätigen Ärzte, Zahnärzte und Medizinalassistenten werden außer in der Statistik der Krankenhäuser noch in der Statistik der Berufe des Gesundheitswesens erfaßt. Auftretende Abweichungen sind auf die unterschiedliche Erhebungsweise zurückzuführen.

Ende 1965 waren in den Krankenhäusern des Bundesgebietes 34 785 Ärzte berufstätig. Von ihnen waren 20 003 Fachärzte, deren Zahl damit in den Krankenhäusern nicht im gleichen Maße zugenommen hat wie diejenige der Ärzte insgesamt. Der geringfügige Rückgang des Anteils der Fachärzte von 60 % im Jahre 1960 auf 58,8 % im Jahre 1964 und auf 57,5 % im Berichtsjahr hängt mit gewissen Strukturveränderungen in der Zusammensetzung der Ärzteschaft in den Krankenhäusern zusammen. Während in den Jahren seit 1960 der Anteil der hauptamtlichen Leitenden Ärzte, die zu etwa 92 % spezialisiert sind, nur leicht abgenommen hat, ist die Zahl der Belegärzte, die ebenfalls einen relativ hohen Spezialisierungsgrad (1965 etwa 80 %) aufweisen, sogar absolut gefallen, nämlich von 7 510 im Jahre 1956 auf 7 252 im Berichtsjahr; ihr Anteil an der Gesamtheit der in Krankenhäusern tätigen Ärzte, der noch 1960 ein Viertel ausgemacht hatte, ist auf wenig mehr als ein Fünftel geschrumpft. Zugenommen hat dagegen der Anteil der nachgeordneten Ärzte; ihre Zahl ist von 17 510 bzw. 56,7 % im Jahre 1960 auf 20 032 bzw. 59,7 % im Jahre 1964 und auf 21 128 bzw. 60,7 % im Berichtsjahr angestiegen; der Spezialisierungsgrad dieser Ärzte ist aber, schon weil es sich zu einem großen Teil um jüngere Ärzte handeln dürfte, relativ gering; er liegt bei 40 %. Damit also ist zu erklären, daß entgegen der allgemeinen Tendenz zum Facharzt der relative Anteil der Fachärzte in den Krankenhäusern sich geringfügig vermindert hat.

Tabelle 4: Krankenhauspersonal
Ausgewählte Berufsgruppen

Berufsgruppe	Berufstätige Personen am Jahresende			Zu- (+) bzw. Abnahme (—) in %	
	1956	1964	1965	1965 gegenüber 1956	1964
Fachärzte	16 439	19 735	20 003	+ 21,7	+ 1,4
Ärzte ohne Facharztstätigkeit	14 499	13 812	14 782	+ 2,0	+ 7,0
Insgesamt	30 938	33 547	34 785	+ 12,4	+ 3,7
und zwar hauptamtlich in Krankenhäusern	22 127	25 778	27 040	+ 22,2	+ 4,9
Belegärzte	7 510	7 247	7 252	— 3,4	+ 0,1
Medizinalassistenten	5 556	6 408	.	+ 15,3
Hauptamtliche Zahnärzte	238	230	.	— 3,4
Krankenpflegepersonen (ohne Schüler(-innen))	98 538	128 862	133 211	+ 35,2	+ 3,4
davon Krankenschwestern	67 562	77 313	78 446	+ 16,1	+ 1,5
Krankenpfleger	7 362	11 554	11 832	+ 60,7	+ 2,4
Kinderkrankenschwestern	8 086	10 917	11 041	+ 36,5	+ 1,1
Sonstige Pflegekräfte	15 528	28 637	31 892	+ 105,4	+ 11,4
Hebammen	5 108	5 494	5 564	+ 8,9	+ 1,3
darunter festangestellte	1 226	2 140	2 272	+ 85,3	+ 6,2
Apotheker	439	534	548	+ 24,8	+ 2,6
Med.-techn. Assistenten (-innen)	7 578	10 006	11 074	+ 46,1	+ 10,7
Verwaltungspersonal	20 750	30 549	31 868	+ 53,6	+ 4,3
Wirtschaftspersonal	120 289	155 408	159 156	+ 32,3	+ 2,4

Von den Fachärzten, die in Krankenhäusern tätig sind, waren fast gleich viele auf das Fachgebiet der Chirurgie — nämlich 4 119 bzw. 20,6 % — wie auf das Fachgebiet der Inneren Krankheiten — 4 133 bzw. 20,7 % — spezialisiert. An dritter Stelle standen die Fachärzte für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe mit 2 679 bzw. 13,4 %, an vierter die Fachärzte für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten mit 1 863 bzw. 9,3 % und an fünfter Stelle die Fachärzte für Nerven- und Gemütskrankheiten mit 1 433 bzw. 7,2 %. Der Vorsprung, den die Fachärzte für Innere Krankheiten in den Krankenhäusern bereits 1964 gegenüber den Chirurgen gewonnen haben, hat sich damit im Berichtsjahr wieder etwas verringert. 1960 hatte der Anteil der Chirurgen 21,6 % gegenüber einem Anteil der Internisten von 19,7 % betragen. Vergleicht man die absoluten Facharztzahlen unmittelbar miteinander, so haben die Internisten gegenüber 1960 um 13,3 % zugenommen, während die Zahl der Chirurgen sich nur um 3 % vermehrt hat.

Auch bei den übrigen Fachgebieten hat sich die Zahl der in den Krankenhäusern tätigen Fachärzte in sehr unterschiedlichem Maße entwickelt. Die Gesamtzahl der Fachärzte hat seit 1960 um 8,0 % zugenommen; die Zahl der Fachärzte für Lungenkrankheiten aber ist um 14,2 % gefallen, diejenige der Anästhesisten dagegen um 300 % gestiegen; allein gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung um 25 % zu verzeichnen. Noch 1960 gab es erst 96 von ihnen im Bundesgebiet; Ende 1965 waren es 380. Eine überdurchschnittliche Entwicklung war außerdem bei den Urologen festzustellen, deren Zahl gegenüber 1960 um 30 % gestiegen ist, weiter bei den Fachärzten für Nerven- und Gemütskrankheiten (+ 16,2 bzw. 2,7 %), bei den Fachärzten für Röntgen- und Strahlenheilkunde (+ 15,2 bzw. 4,8 %), den Gynäkologen (+ 12,4 bzw. 2,4 %) und den Pädiatern (+ 9,5 bzw. 5,6 %).

Die Versorgung der Krankenhausbetten mit Ärzten hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert. Es kann sich bei diesen Ziffern nur um Berechnungen handeln, die Struktur und Entwicklung aufzeigen, über die Qualität der Versorgung kann natürlich keine Aussage gemacht werden. 1960 standen im Durchschnitt für 1 000 Krankenhausbetten 53,0 Ärzte zur Verfügung; 1964 waren es 54,2 und im Berichtsjahr 55,1 Ärzte; von ihnen waren 31,9 bzw. 31,7 Fachärzte. Von den in den Krankenhäusern tätigen Ärzten wurden 30 479 in den Akutkrankenhäusern und 4 306 in den Sonderkrankenhäusern gezählt. Die Arztichte in den Akutkrankenhäusern ist mit 72,0 Ärzten auf 1 000 Betten wesentlich höher als in den Sonderkrankenhäusern mit 20,7. Die Versorgung der planmäßigen Betten mit Ärzten in den Akutkrankenhäusern zeigt Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Während in Hessen auf 1 000 Betten 85,1, in Hamburg 84,2 und in Berlin (West) sowie

Tabelle 5: Versorgung der planmäßigen Betten mit Ärzten und Pflegepersonen

Jahresende	Arzt	Facharzt	Krankenpflegeperson
auf 1 000 planmäßige Betten			
1956	53,8	28,6	171,7
1960	53,0	31,8	189,5
1961	52,8	32,0	192,7
1962	53,1	31,8	197,3
1963	53,3	31,6	201,7
1964	54,2	31,9	208,0
1965	55,1	31,7	211,0
Planmäßige Betten je Arzt bzw. Pflegeperson			
1956	18,6	35,0	5,8
1960	18,9	31,5	5,3
1961	18,9	31,3	5,2
1962	18,8	31,4	5,1
1963	18,8	31,7	5,0
1964	18,5	31,4	4,8
1965	18,2	31,6	4,7
Pflegetage je Arzt bzw. Pflegeperson			
1956	6 143	11 562	1 924
1960	6 427	10 716	1 796
1961	6 427	10 606	1 760
1962	6 331	10 564	1 705
1963	6 271	10 580	1 656
1964	6 199	10 537	1 614
1965	6 051	10 522	1 580

in Bremen 82,9 Ärzte entfielen, waren es im Saarland nur 68,3, in Nordrhein-Westfalen 65,5 und in Rheinland-Pfalz sogar nur 58,9 Ärzte.

Der Anteil der Fachärzte mit 64,4 % ist in den Sonderkrankenhäusern größer als in den Akutkrankenhäusern, wo er 56,5 % beträgt. Von den 2 772 in den Sonderkrankenhäusern tätigen Fachärzten waren 1 037 oder 37,4 % Fachärzte für Nerven- und Gemütskrankheiten; es folgen die Fachärzte für Innere Krankheiten mit 681 bzw. 24,6 %, die Fachärzte für Lungenkrankheiten mit 657 bzw. 23,7 %. Von den Ärzten anderer Fachrichtungen sind nur sehr wenige in den Sonderkrankenhäusern tätig.

Für die ärztliche Versorgung der Krankenhausbetten in Universitätskrankenhäusern standen mehr als doppelt so viele Ärzte wie im Durchschnitt aller Krankenhäuser des Bundesgebietes zur Verfügung: Während hier auf 1 000 Betten 55,1 Ärzte entfielen, waren es in den Universitätskrankenhäusern 119. Die Zahl der hier tätigen Ärzte betrug insgesamt 4 196 oder 12,1 % aller Krankenhausärzte. 17,6 % von ihnen waren in den Facheinrichtungen für Innere Krankheiten, 14,6 % in denjenigen für Chirurgie einschließlich Neurochirurgie und 11,2 % in denjenigen für Psychiatrie einschließlich Neurologie tätig.

Krankenpflege- und Wirtschaftspersonal

Wegen der heterogenen Zusammensetzung dieses Personenkreises erscheint es nicht sinnvoll, den Stand und die Entwicklung der Gesamtheit der hier registrierten Personen zu kommentieren. Statt dessen sollen die Ergebnisse der Zählung einiger ausgewählter Berufe und Berufsgruppen dargestellt werden. Abgesehen von der mit 191 024 Personen am stärksten besetzten Berufsgruppe des Verwaltungs- und Wirtschaftspersonals war die Gruppe der Krankenpflegepersonen die zahlreichste. Sie umfaßte 133 211 Personen, von denen die meisten, nämlich 90 278 bzw. 67,8 %, ausgebildete Krankenschwestern und -pfleger waren. Deren Anteil ist in den letzten Jahren allerdings zugunsten der sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung merklich zurückgegangen; noch 1960 waren von allen Krankenpflegepersonen 76,3 % ausgebildete Krankenschwestern oder Krankenpfleger; zur gleichen Zeit betrug der Anteil der sonstigen Pflegekräfte, unter denen diejenigen ohne staatliche Prüfung überwogen, 15,6 %; im Berichtsjahr ist deren Anteil auf 23,9 % (22,6 %) angestiegen, während der Anteil der Krankenschwestern und -pfleger auf 67,8 % (69,0 %) gefallen ist.

Seit 1960 hat die Zahl der Krankenpflegepersonen um 20,5 %, gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % zugenommen. Die

registrierte Zunahme war damit um 40 % stärker als diejenige der Zunahme an Betten und um 29,3 % stärker als die Zunahme der Pflegetage. Darum hat die Zahl der Betten und der Pflegetage pro Krankenpflegeperson abgenommen; während 1956 eine Krankenpflegeperson im Durchschnitt 5,8 Betten zu betreuen und 1 924 Pflegetage zu leisten hatte, waren es 1964 nur noch 4,8 Betten mit 1 614 Pflegetagen und im Berichtsjahr 4,7 Betten mit 1 580 Pflegetagen. Die Zahl der von einer Krankenpflegeperson geleisteten Pflegetage ist also seit 1956 um etwa 18 % gefallen, was indessen nichts über den Wert der vom Krankenpflegepersonal erbrachten Leistung besagen soll, für die ebenso sehr ihre Qualität ausschlaggebend ist wie auch die durch die steigende Spezialisierung veränderten beruflichen Anforderungen berücksichtigt werden müssen.

Von den 133 211 Krankenpflegepersonen wurden im Berichtsjahr 106 255 in Akut- und 26 986 in den Sonderkrankenhäusern gezählt. Während eine Krankenpflegeperson in Akutkrankenhäusern im Durchschnitt 4,0 Betten mit 12 938 Pflegetagen zu betreuen hatte, waren es in den Sonderkrankenhäusern 7,7 Betten mit insgesamt 27 064 Pflegetagen. Der Unterschied zwischen den Akut- und den Sonderkrankenhäusern in der Besetzung mit Krankenpflegepersonen ist also nicht so groß wie bei der Besetzung mit Ärzten. Die möglichen Ursachen für diese Unterschiede sind zu vielfältig, als daß sie sich ohne tiefergehende Untersuchungen kommentieren ließen. Zweifellos bestehen beispielsweise zwischen den einzelnen Formen der Sonderkrankenhäuser noch erhebliche Unterschiede in der personellen Besetzung; hierüber liegen jedoch bisher keine statistischen Angaben vor. In der Versorgung der Krankenhausbetten mit Pflegepersonal bestehen auch zwischen den Trägern erhebliche Unterschiede. Während im Bundesdurchschnitt für 100 Betten 21 Krankenpflegepersonen zur Verfügung standen, waren es in den öffentlichen Krankenhäusern 24, in den freien gemeinnützigen 19 und in den privaten Krankenhäusern nur 11. Die Zahl der in Universitätskliniken tätigen Krankenpflegepersonen betrug 12 629, auf eine Krankenpflegeperson entfielen daher 2,8 Betten. Damit war die Versorgung der Krankenhausbetten in den Universitätskliniken wesentlich besser als im Durchschnitt aller Krankenhäuser, in denen sie 4,7, und in den Akutkrankenhäusern, in denen sie 4,0 betrug.

Die Krankenpflegeberufe werden vorzugsweise von Frauen ausgeübt; unter den berufstätigen Krankenpflegepersonen sind 86,5 % Frauen, bei den in Ausbildung befindlichen Krankenpflegepersonen sind es sogar 91 %. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in diesen Berufen betrug insgesamt 31 315 (28 298); ihre Zahl ist damit gegenüber 1964 weiter angestiegen, und zwar um 11,1 % (2 %). In den Krankenhäusern waren außerdem 2 272 (2 140) festangestellte Hebammen tätig; ihre Zahl hat sich gegenüber dem Jahre 1964 um 6,2 % (5,1 %) erhöht, während die Zahl der Hebammen, die in den Krankenhäusern freiberuflich tätig sind, um 1,8 % (0,6 %) gefallen ist. Für die übrigen in den Krankenhäusern tätigen Berufsgruppen wurden Zuwachsraten in unterschiedlicher Höhe festgestellt. Beim Personal der Apotheken betrug sie 9,5 % (5,2 %), beim medizinisch-technischen Personal 7,7 % (14,6 %), bei den Krankengymnasten, medizinischen Bademeistern und Masseuren 7,0 % (3,5 %).

Ende 1965 waren in den Krankenhäusern 191 024 Wirtschafts- und Verwaltungskräfte und damit 2,7 % mehr als im Vorjahr tätig. Von ihnen waren 56,2 % in öffentlichen, 36,6 % in freien gemeinnützigen und 7,2 % in privaten Krankenhäusern beschäftigt. Somit verteilt sich das Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal ungefähr entsprechend der Zahl der von den Trägern betreuten planmäßigen Betten.

Krankensbewegung und Verweildauer

Über die Patienten in den Krankenhäusern sind nur wenige statistische Aussagen möglich. Sie beschränken sich im wesentlichen auf die Zu- und Abgänge, die Gesamtzahl der in den Krankenhäusern der einzelnen Fachrichtungen Behandelten

sowie auf die durchschnittliche Verweildauer. Als besonders bedauerliche Lucke in der Krankenhausstatistik muß das Fehlen einer Morbiditätsstatistik in der Gliederung nach Diagnosen angesehen werden. Die Zahl der stationär behandelten Kranken betrug im Berichtsjahr 8 121 225. Damit entfielen auf hundert Einwohner fast 13,7 (13,6) Fälle stationärer Krankenhausbehandlung, darunter 12,1 (12,0) in Akutkrankenhäusern. Seit 1960 ist die Zahl der in Krankenhäusern stationär Behandelten um 11,0 % gestiegen; in den Akutkrankenhäusern lag die Steigerung bei 8,0 % und damit etwas unter dem Durchschnitt, während sie in den Sonderkrankenhäusern mit etwa 33 % erheblich über dem Durchschnitt gelegen hat. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß, wie bereits in anderem Zusammenhang dargestellt, sich die Zahl der Betten in den Kurkrankenhäusern seit 1960 um rund 54 % erhöht hat.

Tabelle 6: Stationär behandelte Kranke und Pfl egetage

Jahr	Stationär behandelte Kranke			Pfl egetage	
	1 000	auf 10 000 Einwohner	1960 = 100	Mill.	1960 = 100
Insgesamt					
1938 ¹⁾	5 808	975,1	79,0	193,3	97,3
1956	6 725	1 261,3	91,5	190,1	95,7
1960	7 350	1 317,6	100	198,6	100
1961	7 482	1 322,1	101,8	201,7	101,6
1962	7 533	1 315,9	102,5	203,5	102,5
1963	7 718	1 333,8	105,0	205,7	103,6
1964	7 953	1 357,4	108,2	207,9	104,7
1965	8 121	1 369,6	110,5	210,5	106,0
darunter in Krankenhäusern für Akut-Kranke					
1960	6 620	1 186,7	100	136,6	100
1961	6 720	1 187,4	101,5	137,8	100,9
1962	6 703	1 170,9	101,3	136,5	99,9
1963	6 833	1 180,9	103,2	136,0	99,6
1964	7 017	1 197,7	106,0	136,3	99,8
1965	7 148	1 205,4	108,0	137,4	100,6

¹⁾ Reichsgebiet (Gebietsstand: 31. 12. 1937).

Von den Patienten wurden 88 % in den Akut- und 12 % in den Sonderkrankenhäusern stationär behandelt. Am 31. Dezember 1965 befanden sich 448 926 Patienten oder 0,76 % der gesamten Wohnbevölkerung in den Krankenhäusern, darunter 164 576 in den Sonderkrankenhäusern. Im Jahresdurchschnitt ist der Anteil der Krankenhauspatienten jedoch rund um ein Drittel höher, so daß er etwa 1 % beträgt.

Im Berichtsjahr überstieg die Zahl der Krankenzugänge geringfügig diejenige der Krankenabgänge. Abgesehen von den allgemeinen Krankenhäusern, in denen nahezu 80 % aller Zugänge registriert wurden, hatten die Kurkrankenhäuser mit 6 % und die gynäkologisch-geburtshilflichen Krankenhäuser mit 2,8 % den größten Anteil an den Krankenzugängen. Der Anteil der Gestorbenen unter den Abgängen betrug im Berichtsjahr in den Akutkrankenhäusern 4,5 %, in den Sonderkrankenhäusern 2,6 % und in der Gesamtheit aller Krankenhäuser 4,3 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahr — 4,2 % — und zum Jahre 1960, als er sich auf 4,1 % belief, weiter angestiegen.

Die Zahl der Pfl egetage hat sich nicht im gleichen Umfang erhöht wie die Zahl der stationär behandelten Patienten, da diese im Durchschnitt weniger lang im Krankenhaus blieben. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 210,5 Millionen Pfl egetage gegenüber 207,9 Millionen im Vorjahr und 198,6 Millionen im Jahre 1960 gezahlt. Die Zahl der jährlichen Pfl egetage hat damit im Jahre 1965 um 11,9 Millionen seit 1960, das sind 6 %, zugenommen, in Akutkrankenhäusern sich dagegen kaum verändert; deren Anteil an der Gesamtheit aller Pfl egetage ist von 69 % im Jahre 1960 auf 65 % gefallen, derjenige der Sonderkrankenhäuser dagegen entsprechend gestiegen. Zugleich mit der überdurchschnittlichen Vermehrung der Pfl egetage hat sich auch die Zahl der in den Sonderkrankenhäusern stationär behandelten Kranken erhöht — und zwar in noch stärkerem Maße als die Zahl der Pfl egetage. Während 1960 nur 9,9 % aller Krankenpfl egefälle in den Sonderkrankenhäusern untergebracht waren, auf die 31,2 % aller Krankenhauspfl egetage entfielen, waren 1964 bereits 11,8 % und im

Berichtsjahr 12 % aller Fälle stationärer Krankenhausbehandlung in Sonderkrankenhäusern untergebracht, die 34,4 bzw. 34,7 % aller in Krankenhäusern registrierten Pfl egetage in Anspruch nahmen. Die für einen in Sonderkrankenhäusern registrierten Kranken im Berichtsjahr aufgewandte Zahl von Pfl egetagen²⁾ ist damit von 85 im Jahre 1960 auf 76,6 im Jahre 1964 und auf 75,0 im Berichtsjahr gefallen. Diese für den einzelnen Patienten durchschnittlich im Berichtsjahr aufgewandte Zahl von Pfl egetagen darf nicht der durchschnittlichen Verweildauer gleichgesetzt werden. Gleichwohl kann die dargestellte Veränderung als Indiz dafür angesehen werden, daß sich in den Sonderkrankenhäusern die durchschnittliche Verweildauer beträchtlich verkürzt hat.

Es muß jedoch auch die Verschiebung berücksichtigt werden, die in der Zusammensetzung des Bettenbestandes und der damit verbundenen anderen Zusammensetzung der Patienten in den Krankenhäusern seit 1960 eingetreten ist. 1960 gab es in den Sonderkrankenhäusern 22,6 % Betten für Tuberkulose, 53,6 % für Psychiatrie und Neurologie und 18,1 % Betten in Kurkrankenhäusern. Im Berichtsjahr war dagegen der Anteil der Betten in den Tuberkulosekrankenhäusern auf 16,8 %, in den Krankenhäusern für Psychiatrie und Neurologie auf 50,2 % zurückgegangen, in den Kurkrankenhäusern dagegen auf 23,7 % gestiegen. Die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer in den Sonderkrankenhäusern ist zum Teil auf die Veränderung in der Zusammensetzung der Betten nach ihrer Fachrichtung, also die Zunahme der Kurkrankenhausbetten und den relativen Rückgang der Bettenzahl bei den Anstalten für Psychiatrie und Neurologie sowie den Tuberkulosekrankenhäusern, zurückzuführen.

In diesem Zusammenhang verdient auch eine Analyse der Verweildauer in den Akutkrankenhäusern Beachtung; sie liegt im allgemeinen in denjenigen Bundesländern unter dem Durchschnitt von 20,0 (20,2), in denen der Anteil der Betten-dichte in Akutkrankenhäusern unterdurchschnittlich ist. So hat Schleswig-Holstein, das Land mit der niedrigsten Betten-dichte in Akutkrankenhäusern und zugleich dem höchsten Anteil an planmäßigen Betten in Sonderkrankenhäusern, auch die niedrigste durchschnittliche Verweildauer, nämlich 17,8 (18,2) Tage. Es folgen Niedersachsen, welches gleichfalls eine unterdurchschnittliche Akutbettendichte aufweist, mit 18,7 (19,1) Tagen und das Saarland mit 19,6 (19,4) Tagen. Umgekehrt haben diejenigen Länder, deren Akutbettendichte hoch und bei denen der Anteil an Sonderkrankenhäusern gering ist, auch eine überdurchschnittlich lange Verweildauer aufzuweisen. An der Spitze liegt hier Berlin (West) mit 28,0 (28,2) Tagen, es folgen Hamburg mit 22,5 (22,7) und Nordrhein-Westfalen mit 20,5 (20,6) Tagen.

Die Frage der durchschnittlichen Verweildauer steht weiterhin in enger sachlicher Verknüpfung mit der durchschnittlichen Bettenausnutzung und der Zahl der im Krankenhaus stationär behandelten Patienten. Während die durchschnittliche Verweildauer in den Krankenhäusern durchweg eine leicht fallende Tendenz zeigt, treffen bei der durchschnittlichen Bettenbelegung und bei dem ihr entsprechenden Bettenaus-nutzungsgrad nur geringere Entwicklungstendenzen hervor. Die durchschnittliche Bettenbelegung verharrt seit 1956 bei etwa 335 Tagen und der Bettenausnutzungsgrad daher bei $\frac{335 \cdot 100}{365}$, also bei etwa 92 %. Die durchschnittliche Verweil-

dauer kann nach den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Daten nur für die Krankenhäuser berechnet werden, deren Fluktuation groß ist, also bei den Krankenhäusern für Akut-kranke; denn die zur Zeit einzig mögliche Betrachtungsweise beschränkt sich auf die Analyse der Pfl egetage des jeweiligen Berichtsjahres; da es nicht möglich ist, den Patienten die Pfl egetage aus der vorausgegangenen Zeit zuzuordnen, wird

²⁾ Die hier angegebenen Ziffern stellen das Resultat der Division der im Berichtsjahr erfaßten Pfl egetage durch die Zahl der stationär behandelten Kranken dar. Sie darf also nicht als durchschnittliche Verweildauer angesehen werden. Für deren Berechnung müßten in den Sonderkrankenhäusern auch die Pfl egetage, die in der dem Berichtsjahr vorausgegangenen Zeit angefallen sind, in die Berechnung einbezogen werden.

die durchschnittliche Verweildauer nach der folgenden Formel berechnet: $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$. Hiernach werden die Pflegetage allein den fluktuierenden Patienten, nicht aber dem Patientenbestand zugerechnet. Für Krankenhäuser jedoch, deren Dauerbestand an Patienten im Vergleich zu der fluk-

— aus Bewohnern des jeweiligen Bundeslandes zusammen. Die übrigen Patienten kamen fast alle aus den anderen Bundesländern; der Anteil der Krankenhauspatienten ausländischer Herkunft lag unter 1 %.

Zusammenfassung

Ende 1965 wurden im Bundesgebiet nahezu unverändert 3 639 Krankenhäuser mit 631 447 planmäßigen Betten gezählt. Von ihnen gehörten 423 219 zu den Akutkrankenhäusern, die übrigen 208 228 zu den Sonderkrankenhäusern. Die Zahl der planmäßigen Betten hat damit um 1,9 % zugenommen; in den Akutkrankenhäusern betrug die Zunahme an planmäßigen Betten 1,3 %, in den Sonderkrankenhäusern 3,3 %. Bei den Akutkrankenhäusern überwogen die allgemeinen Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabteilungen; ihre Zahl betrug 1 197 mit 332 142 Betten, die 52,6 % aller Betten in den Krankenhäusern darstellten. Bei den Fachkrankenhäusern verdient vor allem die starke Zunahme an Betten in Kurkrankenhäusern Beachtung, die im Berichtsjahr 10,5 % und seit 1960 fast 54 % beträgt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten hat sich im Berichtsjahr verbessert; es entfielen 106,5 planmäßige Betten auf 10 000 Einwohner, während es im Vorjahr 105,7 gewesen waren.

Die Zahl der Ärzte in den Krankenhäusern ist um 3,7 % auf 34 785 gestiegen. Unter ihnen ist der Anteil der Fachärzte geringfügig auf 57,5 % gefallen, der Anteil der nachgeordneten Ärzte, die nur zu einem geringeren Anteil Fachärzte sind, ist dagegen gestiegen. Nach der beträchtlichen Zunahme der Internisten in den letzten Jahren sind nunmehr in den Krankenhäusern mit jeweils 21 % der Krankenhausfachärzte fast gleichviele Internisten (4 133) und Chirurgen (4 119) tätig. Besonders hervorgehoben zu werden verdient das starke Anwachsen der Anästhesisten, die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 25 %. Ein geringfügiger absoluter Rückgang ist bei der Zahl der Belegärzte (7 252) zu verzeichnen; ihr Anteil an der Gesamtheit der Krankenhausärzte, der vor fünf Jahren noch ein Viertel betrug, ist auf ein Fünftel geschrumpft.

Die Zahl der Krankenpflegepersonen hat bis Ende 1965 um 3,4 % auf 133 211 zugenommen. Dabei hat sich die Versorgung der Krankenhausbetten mit Krankenpflegepersonal 1965 weiter verbessert. Während 1960 nur 190 Krankenpflegepersonen für 1 000 planmäßige Betten zur Verfügung standen, waren es im Berichtsjahr 211. Die Zahl der Pflegetage für eine Krankenpflegeperson ging von 1 614 im Vorjahr auf 1 580 zurück. Unter dem Krankenpflegepersonal hat der Anteil der sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung weiter zugenommen und 1965 23,9 % erreicht.

Im Berichtsjahr wurden 8,12 Millionen Fälle stationärer Krankenhausbehandlung und damit 2,1 % mehr als im Vorjahr registriert; auch die Zahl der Pflegetage — 210,47 Millionen — hat weiter zugenommen, wenn auch in geringerem Umfang, nämlich um 1,2 %; denn die durchschnittliche Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern ist im Vergleich zum Vorjahr von 27,7 auf 27,4, in den Krankenhäusern für Akutkranke von 20,2 auf 20,0 Tage gefallen.

Tabelle 7: Bettenausnutzung und Verweildauer

Jahr	Krankenhäuser			
	insgesamt	öffentliche	freie gemeinnützige	private
Grad der Bettenausnutzung je Tag in %				
	insgesamt			
1934 ¹⁾	76,4	80,3	72,2	59,5
1956	90,5	91,8	89,5	85,4
1960	93,2	93,8	94,0	84,8
1961	92,9	93,5	93,9	84,3
1962	92,2	92,5	92,5	83,0
1963	91,5	92,2	91,7	86,1
1964	92,0	93,2	91,5	86,2
1965	91,3	92,0	91,3	87,2
darunter in Krankenhäusern für Akut-Kranke				
1960	92,2	90,9	94,6	85,2
1961	91,2	90,1	93,5	82,8
1962	87,9	87,3	89,0	84,3
1963	89,1	87,9	90,9	85,6
1964	89,4	88,6	90,7	86,7
1965	89,0	87,8	90,6	87,8
Durchschnittliche Verweildauer ²⁾ der stationär behandelten Kranken in Tagen insgesamt				
1934 ¹⁾	40,0	43,5	37,4	24,5
1956	30,1	32,3	27,9	26,4
1960	28,7	30,9	26,6	24,9
1961	28,6	30,8	26,6	24,6
1962	28,7	30,8	26,5	25,9
1963	28,2	30,3	26,2	25,4
1964	27,7	29,7	25,5	25,2
1965	27,4	29,4	25,3	24,9
darunter in Krankenhäusern für Akut-Kranke				
1960	21,6	21,6	22,1	17,0
1961	21,4	21,5	22,0	16,4
1962	21,3	21,3	21,8	16,8
1963	20,7	20,8	21,3	16,1
1964	20,2	20,3	20,7	16,0
1965	20,0	20,1	20,5	15,5

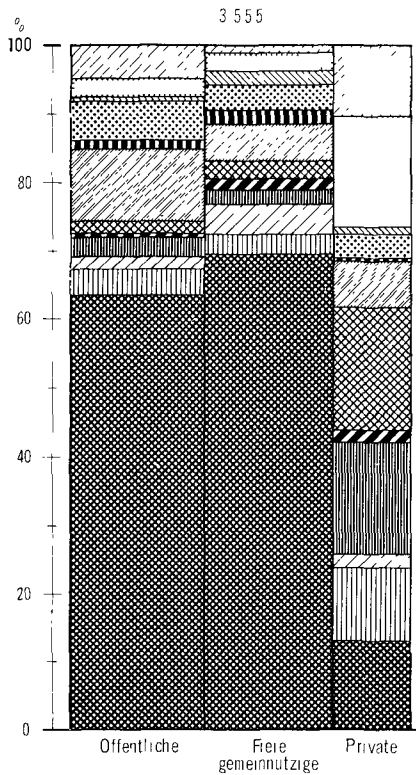
¹⁾ Reichsgebiet. — ²⁾ Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$.

tuierenden Masse groß ist, ist die Anwendung der angegebenen Formel irreführend. Weil die Ziffer für die Verweildauer in allen Krankenhäusern dadurch zustande kommt, daß diese für alle Akutkrankenhäuser, aber nur einen Teil der Sonderkrankenhäuser berechnete Formel für alle Krankenhäuser angewandt wird, sollte ihr Informationswert nicht überschätzt werden; sie ist jedoch für längerfristige Vergleiche von Bedeutung, da die Berechnung der Verweildauer in Akutkrankenhäusern erst seit 1959 durchgeführt werden kann.

Soweit die Bundesländer statistische Daten über die Einzugsgebiete der Krankenhäuser bekanntgegeben haben, setzten sich die Patienten der Krankenhäuser überwiegend — nämlich zwischen 78 % und 93 %, in Berlin (West) sogar 96 %

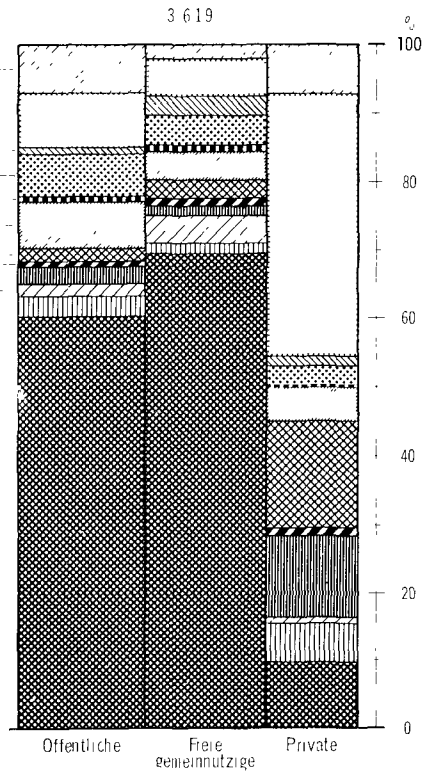
KRANKENHAUSER MIT PLANMASSIGEN BETTEN NACH TRAGERN UND ZWECKBESTIMMUNG

Krankenhäuser



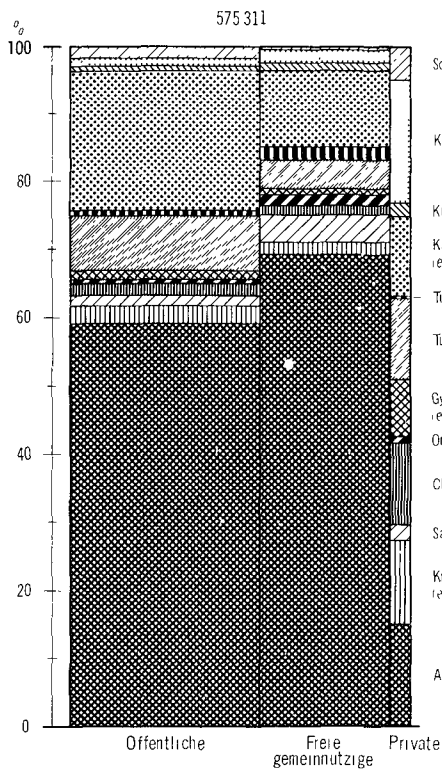
31.12.1956

- Sonstige Fachkrankenhäuser
- Kur-Krankenhäuser
- Krankenhäuser für chronisch Kranke sowie geriatrische Kliniken
- Krankenhäuser für Psychiatrie, Neurologie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten)
- Tuberkulose-Krankenhäuser für Kinder
- Tuberkulose-Krankenhäuser vorwiegend für Erwachsene
- Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser (einschl. Entbindungsheime)
- Orthopädische Krankenhäuser
- Chirurgische Krankenhäuser
- Säuglings- und Kinderkrankenhäuser
- Krankenhäuser für innere Krankheiten (einschl. Krankenhäuser für Infektionskrankheiten)
- Allgemeine Krankenhäuser



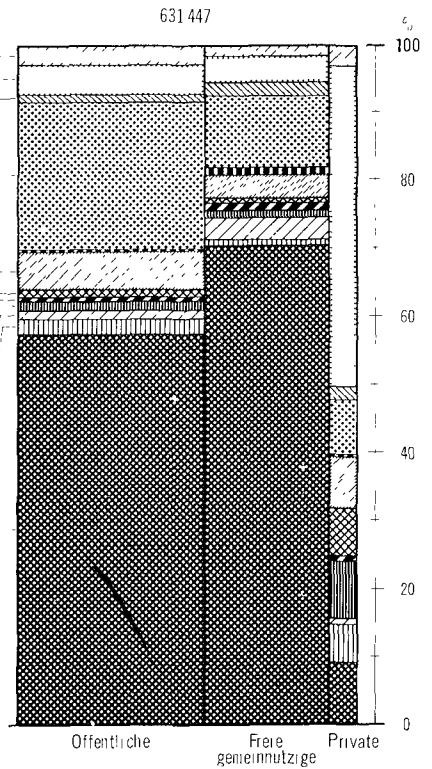
31.12.1965

Planmäßige Betten



31.12.1956

- Sonstige Fachkrankenhäuser
- Kur-Krankenhäuser
- Krankenhäuser für chronisch Kranke sowie geriatrische Kliniken
- Krankenhäuser für Psychiatrie, Neurologie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten)
- Tuberkulose-Krankenhäuser für Kinder
- Tuberkulose-Krankenhäuser vorwiegend für Erwachsene
- Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser (einschl. Entbindungsheime)
- Orthopädische Krankenhäuser
- Chirurgische Krankenhäuser
- Säuglings- und Kinderkrankenhäuser
- Krankenhäuser für innere Krankheiten (einschl. Krankenhäuser für Infektionskrankheiten)
- Allgemeine Krankenhäuser



31.12.1965

Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Ländern, Art und ausgewählter Zweckbestimmung der Betten

Land	Krankenhäuser		Planmäßige Betten					Zusätzlich aufgestellte Betten
	insgesamt	darunter	insgesamt	auf 10 000 Einwohner	und zwar			
		Beleg- krankenhäuser			Belegbetten	Betten für Infektions- 1)) kranke	Tbk-	
Schleswig-Holstein	127	17	25 567	104,8	1 324	612	2 631	669
Hamburg	63	16	20 067	108,2	897	431	134	122
Niedersachsen	430	95	67 562	97,6	5 181	1 337	5 833	3 970
Bremen	18	3	6 954	93,7	201	148	226	747
Nordrhein-Westfalen	768	144	169 394	101,2	23 266	4 357	8 759	13 322
Hessen	326	76	57 093	110,4	6 893	1 074	3 644	4 290
Rheinland-Pfalz	241	57	39 591	110,5	5 534	636	2 274	657
Baden-Württemberg	661	146	93 151	110,5	9 780	2 137	10 545	2 830
Bayern	812	169	109 367	108,3	9 953	2 174	7 497	7 188
Saarland	47	5	10 878	96,5	347	227	576 ^{a)}	40
Berlin (West)	146	19	31 823	144,8	1 581	836	1 845 ^{a)}	2 100
Bundesgebiet	3 639	747	631 447	106,5	64 957	13 969	43 964 ^{a)}	35 935
darunter in Kran- kenhäusern für Akut-Kranke	2 560	710	423 219	71,4	59 271	13 273	8 119	25 480

1) Ohne Tbk- und Geschlechtskranke.- a) Einschl. der Betten für andere Lungenkrankheiten.

Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Ländern, Art und Trägern

Land	Öffentliche			Freie gemeinnützige			Private		
	Kranken- häuser	Planmäßige Betten		Kranken- häuser	Planmäßige Betten		Kranken- häuser	Planmäßige Betten	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Schleswig-Holstein	59	18 272	71,5	25	6 002	23,5	43	1 293	5,1
Hamburg	14	13 464	67,1	26	5 840	29,1	23	763	3,8
Niedersachsen	149	38 385	56,8	138	21 274	31,5	143	7 903	11,7
Bremen	8	4 945	71,1	4	1 601	23,0	6	408	5,9
Nordrhein-Westfalen	162	63 845	37,7	528	102 342	60,4	78	3 207	1,9
Hessen	119	32 579	57,1	109	18 104	31,7	98	6 410	11,2
Rheinland-Pfalz	61	15 842	40,0	123	19 899	50,3	57	3 850	9,7
Baden-Württemberg	321	59 569	63,9	121	20 313	21,8	219	13 269	14,2
Bayern	412	76 229	69,7	136	21 073	19,3	264	12 065	11,0
Saarland	23	7 425	68,3	18	3 244	29,8	6	209	1,9
Berlin (West)	37	17 809	56,0	63	11 095	34,9	46	2 919	9,2
Bundesgebiet	1 365	348 364	55,2	1 291	230 787	36,5	983	52 296	8,3
darunter Kranken- häuser für Akut- Kranke	982	226 139	53,4	1 065	178 900	42,3	513	18 180	4,3

Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Größenklassen, Art und Trägern

Krankenhäuser mit ... bis unter ... Betten	Insgesamt		Öffentliche		Freie gemeinnützige		Private	
	Kranken- häuser	Planmäßige Betten	Kranken- häuser	Planmäßige Betten	Kranken- häuser	Planmäßige Betten	Kranken- häuser	Planmäßige Betten
unter 25	443	6 557	72	1 231	61	1 013	310	4 313
25 - 50	612	22 281	144	5 292	171	6 363	297	10 626
50 - 100	806	56 948	287	20 863	271	19 491	248	16 594
100 - 150	490	59 103	206	24 802	204	24 922	80	9 379
150 - 200	328	56 775	163	28 219	142	24 570	23	3 986
200 - 300	402	95 319	172	40 739	220	52 136	10	2 444
300 - 400	205	69 627	93	31 421	109	37 221	3	985
400 - 500	110	48 193	56	24 661	52	22 636	2	896
500 - 600	57	30 863	28	15 441	27	14 302	2	1 120
600 - 800	55	37 567	34	23 287	20	13 542	1	738
800 - 1 000	32	28 029	27	23 690	5	4 339	-	-
1 000 und mehr	79	120 185	72	108 718	6	10 252	1	1 215
Insgesamt	3 619 ^{a)}	631 447	1 354 ^{a)}	348 364	1 288 ^{a)}	230 787	977 ^{a)}	52 296
und zwar: Beleg- Krankenhäuser	747	64 957	241	16 970	373	41 935	133	6 052
Krankenhäuser f. Akut-Kranke	2 560	423 219	982	226 139	1 065	178 900	513	18 180

a) Außerdem in Bayern 20 (öffentliche = 11, freie gemeinnützige = 3, private = 6) Krankenhäuser ohne planmäßige Betten.

Krankenhäuser am 31. Dezember 1965 nach Zweckbestimmung und Ländern

Zweckbestimmung	Bundesgebiet			Schlesw. Holst.	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrh.-Westf.	Hessen	Rheinld.-Pfalz	Baden-Württbg.	Bayern	Saarland	Berlin (West)
	Kranken-häuser	Plan-mäßige Betten	zusätzl. aufge-stellte Betten	Planmäßige Betten										
Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen 1) mit abgegrenzten Fachabteilungen	608 1 197	34 677 332 142 ^{b)}	5 057 17 777	801 10 959	541 16 040 ^{b)}	3 847 36 436	251 5 424	5 552 112 444	8 766 20 270	2 024 20 967	4 669 38 464	7 143 45 307	120 1 306	963 18 525
Fachkrankenhäuser	1 814	264 628	13 101	13 807	3 486	27 279	1 279	51 398	28 057	16 600	50 018	56 917	3 452	12 335
davon für:														
Innere Krankheiten	117	12 387	426	500	141	170	-	1 876	835	116	4 170	2 882	332	1 365
Infektionskrankheiten	2	81	57	8	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-
Säuglings- u. Kinderkrankheiten	85	12 481	912	-	929	1 114	-	2 059	371	462	2 438	3 679	240	1 189
Chirurgie	157	10 014	422	1 038	386	504	-	561	461	354	2 656	3 180	848	26
Unfallverletzte	9	1 852	10	-	262	127	-	872	-	-	259	332	-	-
Orthopädie	37	4 566	189	59	-	95	41	273	920	185	753	1 845	-	395
Gynäkologie und Geburtshilfe	179	8 832	425	256	421	1 038	16	1 243	131	163	2 332	2 653	196	383
Entbindungsheime	31	313	39	-	-	32	-	12	20	28	133	72	16	-
Krankenhäuser für:														
HNO-Krankheiten	38	1 086	66	29	37	128	-	59	56	6	436	241	-	94
Augenkrankheiten	35	1 659	59	-	-	189	-	100	136	38	526	670	-	-
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	11	1 505	23	12	-	228	-	10	-	-	623	632	-	-
Röntgen- u. Strahlenheilkunde	9	462	11	-	-	63	-	124	-	-	171	104	-	-
Tuberkulose	223	34 907	863	2 167	-	4 917	-	5 583	3 117	1 795	9 086	6 361	363	1 518
Psychiatrie (einschl. Heil- u. Pflegeanstalten) 2)	123	89 579	6 583	8 261	1 310	10 729	1 185	18 393	10 172	7 582	11 819	16 076	1 150	2 902
Neurologie	43	14 893	618	41	-	99	-	13 759	-	68	685	241	-	-
Neurochirurgie	3	142	41	-	-	-	-	-	-	-	52	90	-	-
Suchtkranke	10	2 827	41	-	-	254	-	397	41	-	155	-	-	-
Rheumakrankheiten	12	2 262	182	645	-	-	-	-	66	-	830	721	-	-
Rehabilitationskrankenhäuser	12	1 759	13	127	-	698	-	637	-	-	297	-	-	-
Krankenhäuser für Chronisch-Kranke sowie geriatrische Kliniken	64	9 986	431	-	-	373	-	1 835	587	175	2 733	-	160	4 123
Kurkrankenhäuser	552	49 303	1 480	547	-	5 619	-	3 246	10 710	5 430	9 204	14 400	147	-
Krankenhäuser bzw. Krankenabteilungen in Justizvollzugsanstalten	43	2 496	120	54	-	339	37	359	155	89	432	775	-	256
Sonstige Fachkrankenhäuser	22	3 236	71	63	-	583	-	-	279	36	228	1 963	-	84
Insgesamt	3 619 ^{a)}	631 447	35 935	25 567	20 067	67 562	6 954	169 394	57 093	39 591	93 151	109 367	10 878	31 823
darunter Belegkrankenhäuser	747	64 957	-	1 324	897	5 181	201	23 266	6 893	5 534	9 780	9 953	347	1 581

1) In Berlin (West) einschl. der Krankenhäuser der Polizei.- 2) In Hessen und Berlin (West) einschl. der Krankenhäuser für Neurologie.- a) Außerdem in Bayern 20 Krankenhäuser ohne planmäßige Betten.- b) Darunter 1 743 planmäßige Betten für die Psychiatrische Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll in Hamburg.

Fachkrankenhäuser und Fachabteilungen am 31. Dezember 1965 nach der Zweckbestimmung

Zweckbestimmung	Fachkrankenhäuser ¹⁾		Universitäts- Krankenhäuser 1)		Fachabteilungen in						Plan- mäßige Betten insgesamt
	Kranken- häuser	Plan- mäßige Betten	Kranken- häuser	Plan- mäßige Betten	Allgemeinen Krankenhäusern		Fachkrankenhäusern ¹⁾		Universitäts- kliniken 1)		
					Fachab- teilungen	Plan- mäßige Betten	Fachab- teilungen	Plan- mäßige Betten	Fachab- teilungen	Plan- mäßige Betten	
Innere Krankheiten	94	7 955	9	1 395	1 114	95 439	32	2 135	14	2 762	115 584
Infektionskrank- heiten	1	120	-	-	429	9 067	50	1 578	20	761	12 428
Säuglings- und Kinderkrankheiten	37	2 978	5	1 014	337	15 726	34	4 179	11	1 822	28 157
Chirurgie	111	5 703	9	1 461	1 266	103 251	59	2 511	17	2 552	118 086
Orthopädie	32	4 457	3	961	136	3 993	19	974	11	718	12 846
Gynäkologie und Geburtshilfe	108	3 915	6	1 234	924	29 860	74	1 730	10	1 500	39 412
Entbindungsheim ²⁾	30	301	-	-	425	6 943	23	530	1	52	8 818
HNO-Krankheiten	26	484	5	549	718	11 212	32	360	10	841	13 925
Augenkrankheiten	24	626	7	870	428	4 375	12	153	7	665	7 278
Haut- u. Geschlechts- krankheiten	4	324	5	672	135	3 497	5	407	8	1 042	6 818
Röntgen- und Strahlenheilkunde	3	68	3	225	108	1 969	3	53	8	394	3 024
Tuberkulose	172	26 081	-	-	241	6 396	60	3 905	18	673	43 110
Psychiatrie und Neurologie	99	61 053	9	1 532	85	5 303	39	8 657	16	2 084	110 740
Neurochirurgie	-	-	4	172	13	457	2	98	5	216	1 152
Chronisch-Kranke	54	7 224	-	-	28	3 119	3	719	-	-	12 975
Sonstige Betten- stationen und Fach- kliniken (z.B. Radio- logie)	581	49 194	1	44	266	9 277	21	802	11	399	61 867
Insgesamt	1 376	170 543	66	10 129	6 653	309 884	468	28 791	167	16 481	596 220

1) Ohne Nordrhein-Westfalen.- 2) In Bayern einschl. Geburtshilfe.

Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Ländern und größeren Verwaltungsbezirken

L a n d Verwaltungsbezirk	Krankenhäuser			Planmäßige Betten					
	1964	1965	dar. für Akutkranke	1964	1965	dar. für Akutkranke	1964	1965	dar. für Akutkranke
	insgesamt			insgesamt			insgesamt		
	Anzahl			auf 10 000 Einwohner					
Schleswig-Holstein	128	127	98	25 596	25 567	13 662	106,4	104,8	56,0
Hamburg	62	63	62	20 073	20 067	18 797	108,1	108,2	101,4
Niedersachsen	430	430	303	66 197	67 562	44 409	96,6	97,6	64,2
RB Hannover	108	106	63	14 241	14 293	9 112	94,8	94,3	60,1
RB Hildesheim	55	56	30	10 088	10 271	6 626	105,0	106,4	68,7
RB Lüneburg	60	61	47	9 343	9 715	5 819	93,0	95,0	56,9
RB Stade	24	24	17	5 615	5 836	3 303	94,3	97,0	54,9
RB Osnabrück	64	65	56	7 597	7 710	6 024	102,8	103,1	80,6
RB Aurich	24	24	15	3 254	3 313	1 856	85,2	85,9	48,1
VB Braunschweig	49	48	36	7 583	7 878	5 166	87,7	90,9	59,6
VB Oldenburg	46	46	39	8 476	8 546	6 503	105,2	104,7	79,7
Bremen	18	18	16	6 971	6 954	5 587	93,8	93,7	75,2
Nordrhein-Westfalen	771	768	632	167 637	169 394	125 185	101,3	101,2	74,8
RB Düsseldorf	214	213	184	52 214	52 773	39 943	93,9	94,1	71,2
RB Köln	105	105	86	21 012	20 575	16 938	91,9	89,1	72,5
RB Aachen	33	33	28	8 389	8 219	5 916	84,7	81,9	59,0
RB Münster	137	136	123	25 628	25 891	21 047	109,3	109,5	99,0
RB Detmold	111	110	78	21 032	21 589	11 845	125,9	127,7	70,1
RB Arnsberg	171	171	133	39 362	40 347	29 496	106,3	108,1	79,0
Hessen	320	326	173	54 404	57 093	32 032	107,0	110,4	62,0
RB Darmstadt	102	103	50	15 708	16 437	8 470	93,7	95,8	49,4
RB Kassel	93	98	50	16 087	16 710	8 963	122,9	126,2	67,7
RB Wiesbaden	125	125	73	22 609	23 946	14 599	107,6	112,4	68,5
Rheinland-Pfalz	245	241	152	38 810	39 591	24 416	109,5	110,5	68,2
RB Koblenz	119	116	58	16 444	16 612	8 284	155,6	155,5	77,6
RB Trier	30	30	26	4 087	4 096	3 401	86,8	86,5	71,8
RB Montabaur	29	27	14	3 652	3 943	1 707	137,1	146,0	63,2
RB Rheinhessen	13	13	12	4 643	4 643	3 783	99,3	97,9	79,8
RB Pfalz	54	55	42	9 984	10 297	7 241	77,8	79,4	55,9
Baden-Württemberg	652	661	426	91 264	93 151	57 644	110,5	110,5	68,4
RB Nordwürttemberg	170	172	135	26 701	27 031	20 663	82,7	82,0	62,7
RB Nordbaden	94	94	75	17 138	17 967	13 537	95,5	98,4	74,1
RB Südbaden	232	237	135	26 349	26 918	13 905	151,7	151,7	78,4
RB Südwürttemberg-Hohenzollern	156	158	81	21 076	21 235	9 539	140,9	138,6	62,3
Bayern	814	812	558	106 498	109 367	69 071	106,8	108,3	68,4
RB Oberbayern	297	293	185	35 714	37 130	23 539	119,8	122,2	77,5
RB Niederbayern	73	71	61	8 730	9 142	6 102	88,9	92,4	61,7
RB Oberpfalz	59	58	52	8 323	8 473	6 032	90,5	91,4	65,1
RB Oberfranken	74	71	55	10 464	10 480	6 114	95,0	94,7	55,2
RB Mittelfranken	76	79	65	13 035	13 340	9 453	91,2	92,4	65,4
RB Unterfranken	99	98	55	13 035	13 236	7 187	114,2	114,6	62,2
RB Schwaben	136	142	85	17 197	17 566	10 644	120,9	121,9	73,9
Saarland	47	47	39	10 594	10 978	9 058	94,8	96,5	80,3
Berlin (West)	146	146	101	31 444	31 823	23 358	142,9	144,8	106,3
Bundesgebiet	3 633	3 639	2 560	619 388	631 447	423 219	105,7	106,5	71,4

Krankenzugang in den Krankenhäusern 1965 nach Ländern und Trägern

Land	Kranken- bestand am 1.1.1965	Kranken- zugang	Stationär behandelte Kranke	Krankenabgang		Kranken- bestand am 31.12.1965	Pflegetage der stationär behandelten Kranken	Durch- schnittliche Verweildauer in Tagen 1)	
				insgesamt	darunter durch Tod				
									im Berichtsjahr
insgesamt									
Schlesw.-Holst.	18 586	273 434	292 020	272 967	13 886	19 053	8 375 442	30,7	
Hamburg	13 587	247 811	261 398	247 664	15 229	13 734	6 019 098	24,3	
Niedersachsen	44 552	844 444	888 996	843 953	36 554	45 043	22 038 434	26,1	
Bremen	5 024	101 962	106 986	101 900	5 603	5 086	2 461 642	24,2	
Nordrh.-Westf.	127 996	2 076 981	2 204 977	2 074 396	93 022	130 581	57 512 974	27,7	
Hessen	36 513	684 233	720 746	683 697	23 891	37 049	19 585 957	28,6	
Rheinld.-Pfalz	24 874	473 069	497 943	472 070	15 953	25 873	12 738 378	27,0	
Baden-Württbg.	60 740	1 108 749	1 169 489	1 107 743	40 679	61 746	30 267 990	27,3	
Bayern	73 886	1 415 639	1 489 525	1 414 179	53 342	75 346	36 483 603	25,8	
Saarland	6 740	145 738	152 478	145 281	5 079	7 197	3 416 790	23,5	
Berlin (West)	27 854	308 813	336 667	308 449	29 412	28 218	11 574 673	37,5	
Bundesgebiet	440 352	7 680 873	8 121 225	7 612 299	332 650	448 926	210 474 981	27,4	
öffentliche	} Kranken- häuser	255 248	3 985 885	4 241 133	3 982 064	199 597	259 069	116 946 228	29,4
freie gemeinn.		163 755	3 043 519	3 207 274	3 039 423	128 091	167 851	76 885 540	25,3
private		21 349	651 469	672 818	650 812	4 962	22 006	16 643 213	24,9
darunter in Krankenhäusern für Akut-Kranke									
Schlesw.-Holst.	8 460	244 717	253 177	244 495	12 537	8 682	4 349 183	17,8	
Hamburg	12 326	247 741	260 067	247 593	15 205	12 474	5 562 088	22,5	
Niedersachsen	26 533	756 710	783 243	755 927	34 330	27 316	14 142 181	18,7	
Bremen	3 812	97 343	101 155	97 393	5 085	3 762	1 951 989	20,0	
Nordrh.-Westf.	83 992	1 990 658	2 074 650	1 988 421	88 174	86 229	40 745 185	20,5	
Hessen	19 818	552 326	572 144	551 725	22 034	20 419	10 674 102	19,3	
Rheinld.-Pfalz	14 649	400 155	414 804	399 570	14 988	15 234	7 623 637	19,1	
Baden-Württbg.	35 921	944 555	980 476	943 363	38 153	37 113	18 247 075	19,3	
Bayern	47 090	1 202 162	1 249 252	1 200 781	50 434	48 471	23 147 145	19,3	
Saarland	5 253	141 036	146 289	140 706	4 849	5 583	2 765 950	19,6	
Berlin (West)	18 934	293 562	312 496	293 429	25 781	19 067	8 230 325	28,0	
Bundesgebiet	276 788	6 870 965	7 147 753	6 863 403	311 570	284 350	137 438 860	20,0	
öffentliche	} Kranken- häuser	145 334	3 613 436	3 758 770	3 610 122	183 600	72 463 449	20,1	
freie gemeinn.		122 466	2 882 217	3 004 683	2 878 122	124 168	126 561	59 147 825	20,5
private		8 988	375 312	384 300	375 159	3 802	9 141	5 827 586	15,5

1) Errechnet nach der Formel: $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$

Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965 nach Berufsausübung, Fachgebiet und Ländern

Art der Berufsausübung ----- Fachgebiet	Bundesgebiet			Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württ- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)	
	ins- gesamt	und zwar													
		weibl.	i.Kran- ken- hau- sern f. Akut- Kranke												
nach der Berufsausübung															
Hauptamtliche Ärzte	27 040	5 011	22 967	1 017	1 406	2 479	420	6 816	2 587	1 288	4 136	4 598	536	1 757	
Leitende Ärzte	5 912	223	4 696	213	268	725	78	1 493	431	378	820	1 128	105	273	
Nachgeordnete Ärzte	21 128	4 788	18 272	804	1 138	1 754	342	5 323	2 156	910	3 316	3 470	431	1 484	
darunter Oberärzte	4 504	429	3 675	158	214	447	57	1 205	496	225	678	660	97	267	
Belegärzte	7 252	452	7 141	244	179	715	83	2 041	617	386	892	1 610	109	376	
Sonstige Ärzte	493	65	370	33	-	108	5	44	106	18	114	-	-	65	
insgesamt ¹⁾	34 785	5 528	30 479	1 294	1 585	3 302	508	8 901	3 310	1 692	5 142	6 208	645	2 198	
darunter weiblich	5 528	4 528	180	272	457	87	1 241	555	265	852	1 023	95	501	501	
Medizinalassistenten	6 408	1 946	6 224	221	312	508	68	1 724	486	324	949	1 179	142	495	
Hauptamtliche Zahnärzte	230	41	217	-	58	1	-	73	31	-	35	14	9	9	
nach dem Fachgebiet															
Fachärzte für:															
Chirurgie	4 119	145	4 024	215	143	401	53	1 092	302	231	531	835	82	234	
Innere Krankheiten	4 133	424	3 452	157	126	387	37	1 037	461	256	604	770	78	220	
Lungenkrankheiten	761	132	118	42	4	89	4	162	71	32	170	138	8	41	
Frauenkrankheiten u. Geburts- hilfe	2 679	246	2 651	132	125	277	48	640	230	127	361	505	48	186	
Kinderkrankheiten	1 052	358	964	49	32	98	17	280	75	59	183	193	22	44	
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	1 863	67	1 848	84	52	200	24	536	158	111	224	346	37	91	
Augenkrankheiten	1 056	75	1 047	49	37	111	14	345	94	61	122	170	19	34	
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	390	50	372	21	14	55	3	126	34	13	60	48	4	12	
Nerven- u. Gemütskrankheiten	1 433	244	396	82	63	141	23	387	140	63	229	210	19	76	
Neurochirurgie	82	4	70	1	6	7	2	23	7	3	15	8	1	9	
Röntgen- u. Strahlenheilkunde	696	43	658	19	41	44	17	176	81	26	99	114	17	62	
Orthopädie	624	30	558	24	29	55	11	158	66	24	89	115	13	40	
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	457	4	441	9	17	36	9	134	52	14	58	93	9	26	
Mund- u. Kieferkrankheiten	195	10	190	10	10	18	5	58	10	11	34	27	4	8	
Anästhesie	380	103	368	13	35	22	12	84	50	19	52	68	14	11	
Laboratoriumsdiagnostik	83	9	74	5	16	8	1	11	9	2	20	3	1	7	
Zusammen	20 003 ^{a)}	1 944 ^{b)}	17 231	912	750	1 949	280	5 249	1 840	1 052	2 851	3 643	376	1 101	
darunter weiblich	1 944 ^{a)}	1 431	97	60	160	24	402	209	90	336	412	.	154	154	
Ärzte ohne Facharztanerkennung einschl. Bakteriologen, Patho- logen, Serologen u.a.	14 782	3 489	13 248	382	835	1 353	228	3 652	1 470	640	2 291	2 565	269	1 097	
insgesamt	34 785	5 528	30 479	1 294	1 585	3 302	508	8 901	3 310	1 692	5 142	6 208	645	2 198	
und zwar: in Krankenhäusern für Akut-Kranke	30 479	4 528	.	1 096	1 582	2 818	463	8 205	2 725	1 438	4 265	5 332	619	1 936	
in Universitäts- kliniken	4 196	.	.	216	433	280	-	472	781	252	1 156	368	216	22	

1) Außerdem in Hamburg 44 Konsiliare und 41 Hospitanten, in Bremen 4 Vertragsärzte.- a) Ohne Saarland.

Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965 nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Insgesamt	Davon in ... Krankenhäusern			Und zwar (Sp.1) in		
		öffentlichen	freien gemein- nützigen	privaten	Kranken- häusern für Akut-Kranke	Sonder- kranken- häusern	Universi- täts- kliniken
Ärzte, Medizinalassistenten und hauptamtliche Zahnärzte							
Hauptamtliche Ärzte	27 040	18 321	7 066	1 653	22 967	4 073	4 132
Leitende Ärzte	5 912	2 917	2 023	972	4 696	1 216	327
Nachgeordnete Ärzte	21 128	15 404	5 043	681	18 272	2 857	3 805
darunter Oberärzte	4 504	3 028	1 281	195	3 675	829	717
Belegärzte	7 252	2 057	3 963	1 232	7 141	111	-
Sonstige Ärzte	493	286	136	71	370	122	64
Insgesamt 1)	34 785	20 664	11 165	2 956	30 479	4 306	4 196
darunter weiblich	5 528	3 551	1 606	371	4 528	1 000	-
Medizinalassistenten	6 408	4 173	2 127	108	6 224	184	1 173
Hauptamtliche Zahnärzte	230	222	7	1	217	13	180
Pflegepersonen und Hebammen 2)							
Krankenpflegepersonen (ohne Schüler(-innen))	133 211	83 513	43 957	5 741	106 225	26 986	12 629
Krankenschwestern und -pfleger	90 278	57 748	28 822	3 728	73 644	16 654	8 915
darunter in der Geisteskrankenpflege tätig	10 796	9 182	3 177	177	928	9 868	555
Kinderkrankenschwestern	11 041	7 182	3 576	283	10 580	461	1 748
Krankenpflegehelfer(-innen) 3)	5 999	3 460	2 116	423	4 825	1 174	461
darunter in der Geisteskrankenpflege tätig 4)	482	388	38	56	58	424	42
Säuglings- und Kinderpflegerinnen	1 566	491	931	144	1 244	322	16
Sonstige Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung	24 327	14 632	8 532	1 163	15 952	8 375	1 489
darunter in der Geisteskrankenpflege tätig	5 917	4 657	1 076	184	271	5 646	228
Krankenpflegepersonen in Ausbildung (Schüler(-innen))	31 315	17 435	13 684	196	28 247	3 068	2 662
Krankenschwestern und -pfleger	22 845	12 942	9 788	115	20 004	2 841	1 645
Kinderkrankenschwestern	6 855	3 681	3 118	56	6 757	98	991
Krankenpflegehelfer(-innen) 3)	939	444	470	25	825	114	7
Krankenpflegevorschüler(-innen) 5)	676	368	308	-	661	15	19
Hebammen	5 564	2 630	2 477	457	5 518	46	190
festangestellte	2 272	1 229	879	164	2 232	40	190
freiberuflich tätig	3 292	1 401	1 598	293	3 286	6	-
Hebammenschülerinnen	534	509	25	-	534	-	163
Wochenpflegerinnen	461	164	257	40	455	6	10
Sonstiges Personal 2)							
Apothekenpersonal	1 972	1 288	676	8	1 736	176	222
Apotheker	548	410	136	2	500	48	85
Sonstiges pharmazeutisches Personal 6)	370	187	181	2	335	35	18
darunter Kandidaten der Pharmazie	17	4	13	-	17	-	-
Nichtpharmazeutisches Personal:							
Apothekenhelfer, Laboranten 7)	1 054	691	359	4	961	93	119
Medizinisch-technisches Personal	17 183	10 948	5 360	875	15 122	2 061	3 427
Med.-techn. Assistenten(-innen)	11 074	7 882	2 809	383	9 873	1 201	2 792
Med.-techn. Gehilfen(-innen)	2 624	1 158	1 257	209	2 265	359	178
Ungeprüftes Personal im med.-techn. Dienst	3 485	1 908	1 294	283	2 984	501	457
Krankengymnasten(-innen) Masseure(-innen) und med. Bademeister(-innen)	6 481	3 350	2 233	898	4 675	1 806	656
Krankengymnasten(-innen)	2 628	1 607	764	257	2 083	545	473
Masseure(-innen)	1 695	801	647	247	1 233	462	86
Masseure(-innen) und med. Bademeister(-innen)	1 899	816	732	351	1 227	672	90
Med. Bademeister(-innen) 8)	259	126	90	43	132	127	7
Pfursorger(-innen) Gesundheitspfleger(-innen) Sozialarbeiter(-innen)	375	296	75	4	216	159	59
Pfursorgeschüler(-innen) und -praktikanten (-innen) 9)	135	51	84	-	107	28	1
Erziehungs- und Lehrkräfte	2 345	909	1 350	86	1 089	1 256	202
Desinfektoren	493	318	166	9	365	128	41
Sonstige med. Hilfspersonen	3 540	2 466	807	267	2 874	666	783
Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte	191 024	107 310	69 891	13 823	158 103	32 921	14 821
Verwaltungskräfte	31 868	19 211	10 353	2 304	24 729	7 139	3 671
Wirtschaftskräfte	159 156	88 099	59 538	11 519	124 182	34 974	11 150
darunter: Diätassistenten(-innen) 10)	1 461	731	563	167	1 179	282	114
Diätküchenleiter(-innen) 6)	545	209	240	96	427	118	23

1) Außerdem in Hamburg 44 Konsiliare und 41 Hospitanten, in Bremen 4 Vertragsärzte.- 2) In Schleswig-Holstein sind die Teilbeschäftigten nach der Dauer ihrer Arbeitszeit berechnet.- 3) Ohne Schleswig-Holstein.- 4) Ohne Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Berlin.- 5) Ohne Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.- 6) Ohne Bayern.- 7) Ohne Niedersachsen.- 8) Ohne Niedersachsen und Bayern.- 9) Ohne Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern.- 10) In Bayern einschl. Diätküchenleiter (-innen).

**Pflegepersonen, Hebammen und sonstiges Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1965
nach Ländern und Berufsgruppen**

Berufsgruppe	Bundesgebiet 1)			Schles- wig- Hol- stein 1)	Ham- burg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)	
	ins- gesamt	weibl.	und zwar i. Kran- kenhäu- sern f. Akut- Kranke												
Pflegepersonen und Hebammen															
Krankenpflegepersonen (ohne Schuler(-innen))	133 211	115 266	106 225	5 651	6 274	14 627	2 224	35 634	11 932	6 688	17 663	18 702	2 505	11 311	
Krankenschwestern u. -pfleger darunter in der Geisteskrankenpflege tätig	90 278	78 446	73 624	3 329	4 370	9 591	1 558	24 301	7 756	4 497	12 141	13 368	1 786	7 581	
Kinderkrankenschwestern	10 796	5 552	928	561	567	1 228	231	2 729	1 009	577	1 160	1 892	204	638	
Krankenpflegehelfer (-innen) 2)	11 041	11 041	10 590	336	590	1 071	241	2 734	952	436	1 702	1 886	226	967	
darunter in der Geisteskrankenpflege tätig 3)	5 999	5 011	4 825	.	330	1 953	106	1 193	-	269	1 065	623	-	560	
	482	327	58	.	57	94	14	.	-	.	317	.	-	.	
Säuglings- und Kinderpflegerinnen	1 566	1 566	1 244	37	31	276	14	192	150	109	299	296	27	17	
Sonstige Pflegekräfte ohne staatl. Prüfung, darunter in der Geisteskrankenpflege tätig	24 327	19 202	15 952	1 949	953	1 836	305	6 914	3 274	1 379	2 547	2 619	466	2 286	
	5 917	3 729	271	699	195	517	94	1 920	696	241	658	540	40	127	
Krankenpflegepersonen in Ausbildung (Schuler (-innen))	31 315	28 495	28 247	958	1 610	3 199	441	9 726	2 381	1 613	4 221	5 725	773	1 663	
Krankenschwestern und -pfleger	22 845	20 119	20 004	714	982	2 617	262	6 305	1 945	1 240	3 063	4 067	492	1 188	
Kinderkrankenschwestern	6 855	6 855	6 757	244	433	582	170	2 350	436	330	898	1 152	233	349	
Krankenpflegehelfer	939	349	825	363	.	43	148	399	46	20	
Krankenpflegevorschuler (-innen) 4)	676	672	661	.	195	.	-	.	-	.	122	196	37	126	
Hebammen	5 561	5 564	5 519	174	128	585	45	1 552	1 11	335	746	1 218	221	110	
festangestellt	2 272	2 272	2 232	54	125	261	15	677	216	109	400	245	37	107	
frei beruflich tätig	3 289	3 292	3 286	120	3	324	.	875	895	226	346	973	184	3	
Hebammenschülerinnen	534	534	534	10	13	43	.	197	23	79	176	95	6	23	
Wochenpflegerinnen	461	461	455	9	16	93	15	156	19	30	87	32	7	1	
Sonstiges Personal															
Apothekenpersonal	2 291	1 675	2 178	83	152	169	40	923	167	104	273	184	29	168	
Apotheker	548	252	500	26	32	51	11	147	40	13	73	67	12	65	
Sonstiges pharmazeutisches Personal 5)	689	592	630	57	13	117	6	457	-	5	23	.	-	11	
darunter Kandidaten der Pharmazie 5)	17	13	17	-	1	1	-	12	-	-	1	.	-	2	
Nichtpharmazeutisches Personal; Apothekenhelfer, Laboranten 6)	1 054	831	1 048	-	101	.	23	319	127	31	177	117	17	92	
Med.-technisches Personal	17 183	16 695	15 122	655	779	1 470	195	4 748	1 557	944	2 768	2 770	368	930	
Med.-technische Assistenten (-innen)	11 074	10 944	9 973	505	696	1 111	136	2 940	1 197	473	1 644	1 413	236	823	
Med.-technische Gehilfen (-innen)	2 624	2 493	2 265	41	38	231	39	1 025	114	229	182	504	57	77	
Ungeprüftes Personal im med.-techn. Dienst	3 485	3 258	2 984	109	44	228	21	783	246	243	942	763	75	31	
Krankengymnasten (-innen), Masseure (-innen) und med. Bademeister (-innen)	6 481	4 661	4 675	256	180	582	77	1 604	675	339	1 266	1 037	110	355	
Krankengymnasten (-innen)	2 628	2 558	2 083	128	109	246	55	489	262	93	530	423	37	206	
Masseure-Masseurinnen	1 695	1 008	1 233	78	64	184	9	453	202	98	257	225	36	89	
Masseure (-innen) u. med. Bademeister (-innen) 7)	1 899	929	1 227	41	5	152	7	601	187	119	312	399	32	54	
Med. Bademeister (-innen)	259	166	132	9	2	.	6	61	24	29	117	.	5	6	
Fürsorger (-innen), Gesundheitspfleger (-innen), Sozialarbeiter (-innen)	375	321	216	15	8	32	-	74	27	6	72	44	2	95	
Fürsorgeschüler (-innen) 8)	135	108	107	4	.	.	-	98	-	.	1	.	.	72	
Erziehungs- und Lehrkräfte	2 345	2 062	1 089	93	93	150	13	514	499	205	400	223	23	132	
Desinfektoren	493	97	365	25	19	61	4	164	46	24	56	35	6	53	
Sonstige med. Hilfspersonen	3 540	2 545	2 874	97	324	336	56	981	612	186	242	515	66	225	
Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal	191 024	153 805	148 911	6 569	7 320	20 492	2 853	52 235	16 276	10 783	28 074	30 054	3 911	12 557	
Verwaltungspersonal	31 868	23 064	24 729	827	1 378	3 351	375	7 840	2 859	1 749	4 925	5 850	595	2 110	
Wirtschaftspersonal	159 156	130 741	124 182	5 742	5 942	17 141	2 478	44 395	13 417	9 034	23 149	24 204	3 216	10 437	
darunter: Diätassistenten (-innen)	1 461	1 435	1 179	47	48	139	15	410	143	69	218	257	28	89	
Diätküchenleiter (-innen) 5)	545	491	427	18	26	85	10	144	69	58	100	.	9	26	

1) In Schleswig-Holstein sind die Teilbeschäftigten nach der Dauer ihrer Arbeitszeit berechnet. - 2) Ohne Schleswig-Holstein. - 3) Ohne Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Berlin. - 4) Ohne Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. - 5) Ohne Bayern. - 6) Ohne Niedersachsen. - 7) Ohne Niedersachsen und Bayern. - 8) Ohne Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern. - 9) In Bayern einschl. Diätküchenleiter (-innen)

Berufe des Gesundheitswesens 1965

Vorbemerkung

Die Statistik der im Gesundheitswesen berufstätigen Personen, über die in früheren Jahren unter der Bezeichnung „Heil- und Heilhilfspersonen“ berichtet wurde, wird jährlich nach den Angaben der Gesundheitsämter zusammengestellt. Dieser Personenkreis wird auf folgende Weise ermittelt: Gemäß § 3 Abs. 1 der 3. DVO zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 haben die Gesundheitsämter über „diejenigen Personen, die in ihrem Bezirk selbständig oder in abhängiger Stellung Behandlung, Pflege oder gesundheitliche Fürsorge an Menschen ausüben“, Listen zu führen. Grundlage hierfür sind die polizeilichen Meldelisten bzw. die Karteien der Einwohnermeldeämter. Eine vollständige Erfassung aller im Gesundheitswesen tätigen Personen wird allerdings erst dann möglich sein, wenn eine Meldepflicht für die Träger aller einschlägigen Berufe eingeführt und eine entsprechende Bestimmung in den Meldevorschriften aller Bundesländer verankert wird.

Darüber hinaus werden die auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätigen Personen, soweit sie in Krankenhäusern arbeiten, in der Statistik der Krankenhäuser erfaßt. Da diese Statistik auf einer anderen Erhebungsgrundlage, nämlich auf den Meldungen der Krankenhäuser an die Statistischen Landesämter basiert, sind gewisse Abweichungen von der Statistik der Berufe des Gesundheitswesens möglich. Weil sich die Gesamtheit der im Gesundheitswesen tätigen Personen aus Trägern sehr heterogener Berufe zusammensetzt, soll im folgenden nur die Entwicklung der Träger einzelner Berufe, nicht aber ihrer Gesamtheit untersucht werden.

Ärzte

Ende 1965 gab es im Bundesgebiet insgesamt 90 745 (Vorjahr 89 112) Ärzte; ihre Zahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1 633 erhöht und so ihren bisher höchsten Stand erreicht. Von ihnen waren 85 801 (84 203) berufstätig. Die Zahl der berufstätigen Ärzte hat damit um 1 598 zugenommen. Auch relativ hat sich die Steigerung gegenüber den Vorjahren erhöht. Sie betrug 1965 1,9 %, im Vorjahr dagegen 1,4 % und 1963 nur 1,1 %. Die Zahl der berufstätigen Ärztinnen belief sich 1965 auf 14 739 (Vorjahr 14 273). Ihr Anteil an der Gesamtheit der berufstätigen Ärzte ist damit weiter gestiegen; er belief sich 1965 auf 17,2 % (17,0 %). Noch 1956 hatte der Anteil der Ärztinnen nur 14,8 % ausgemacht. Bei den Ärzten, die 1965 ihre Approbation erhalten haben, beträgt der Anteil der Frauen sogar fast 35 % (33). Es dürfte daher auch in Zukunft mit einem Ansteigen des Anteils der Frauen an der Gesamtheit der Ärzte zu rechnen sein.

Da die Zahl der berufstätigen Ärzte stärker zugenommen hat als die Bevölkerung, ist die Arztdichte im Berichtsjahr weiter angestiegen. Auf einen berufstätigen Arzt entfielen im

Tabelle 1: Berufstätige Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte

Jahresende	Ärzte			Medizinalassistenten		Zahnärzte und Dentisten		
	insgesamt	weiblich	Einwohner je Arzt	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	Einwohner je Zahnarzt
1938 ¹⁾	49 732	.	1 379	.	.	35 565	.	1 928
1957	75 138	11 221	719	958	.	32 055	4 139	1 684
1958	75 717	11 559	721	1 810	.	32 234	4 249	1 694
1959	77 644	11 930	710	2 729	.	32 560	4 354	1 693
1960	79 350	12 538	703	3 328	.	32 509	4 336	1 716
1961	80 825	12 941	700	4 126	1 202	32 979	4 581	1 716
1962	82 097	13 429	697	5 207	1 588	32 649	4 607	1 753
1963	83 025	13 862	697	5 372	1 707	32 364	4 568	1 788
1964	84 203	14 273	696	5 888	1 818	32 047	4 505	1 828
1965	85 801	14 739	691	6 613	2 001	31 660	4 454	1 873

¹⁾ Deutsches Reich, Gebietsstand 31. 12. 1937.

Berichtsjahr 691 (696) Einwohner; auf 10 000 Einwohner bezogen, betrug die Arztdichte 14,5; sie hat sich damit gegenüber dem Jahr 1938, als sie 7,3 betrug, verdoppelt. Wie ein Vergleich der jährlichen Bestandszahlen der Ärzte erkennen läßt, übersteigt die Zahl der erteilten Approbationen wesentlich die Zahl der aus dem Berufsleben ausscheidenden Ärzte. Da sich die Bestandszahl in den letzten Jahren vergrößert hat und nach den vorliegenden Zahlen über Medizinalassistenten, Studierende und Studienanfänger nicht mit einem Nachlassen der Zahl der jährlichen Approbationen zu rechnen ist, wird sich auch die Arztdichte weiter vergrößern. Dabei ist allerdings zu beachten, daß auch die Zahl der Ärzte in verwaltender Tätigkeit, zu denen die an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen tätigen Ärzte gehören, weiter ansteigen dürfte; ihre Zahl, die noch vor zehn Jahren nur wenig über 6 000 lag, betrug Ende 1965 9 051 (8 819). Eine bestimmte Zunahme der Arztdichte bedeutet daher nicht unbedingt, daß sich auch die Versorgung der Bevölkerung entsprechend verbesserte. Zweifelloos ist jedoch die Vermehrung der Ärzte, die mit Aufgaben beschäftigt sind, die nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung stehen, für den Fortschritt der Medizin als Wissenschaft und der allgemeinen Gesundheitspflege notwendig; die Beobachtung der Arztdichte unter Einbeziehung aller berufstätigen Ärzte hat daher, auch wenn aus dieser Zahl nicht ohne weiteres die durchschnittliche Klientel des praktizierenden Arztes hervorgeht, durchaus ihren Aussagewert. Von der Lage der frei praktizierenden Ärzte wird an späterer Stelle noch die Rede sein.

In den verschiedenen Bundesländern weist die Arztdichte erhebliche Unterschiede auf; am größten ist sie in Berlin (West) mit 23,2; es folgen Hamburg mit 21,6, Hessen mit 15,9 und Bremen mit 15,7 Ärzten auf 10 000 Einwohner. Die Länder

Tabelle 2: Berufstätige Fachärzte nach Geschlecht und Fachgebieten

Fachgebiet	31. 12. 1964				31. 12. 1965			
	insgesamt		Anzahl	Anzahl	insgesamt		Anzahl	Anzahl
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Chirurgie	4 728	13,3	4 580	148	4 859	13,3	4 676	183
Innere Krankheiten	9 073	25,4	7 936	1 137	9 333	25,5	8 182	1 151
Lungenkrankheiten	1 820	5,1	1 535	285	1 857	5,1	1 572	285
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe	3 717	10,4	3 137	580	3 771	10,3	3 180	591
Kinderkrankheiten	2 974	8,3	1 519	1 455	3 079	8,4	1 565	1 514
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	2 350	6,6	2 224	126	2 348	6,4	2 210	138
Augenkrankheiten	2 193	6,1	1 796	397	2 206	6,0	1 800	406
Haut- und Geschlechtskrankheiten	1 745	4,9	1 492	253	1 766	4,8	1 506	260
Nerven- und Gemütskrankheiten	2 536	7,1	2 079	457	2 593	7,1	2 123	470
Neurochirurgie	95	0,3	93	2	86	0,2	84	2
Röntgen- und Strahlenheilkunde	1 447	4,1	1 357	90	1 509	4,1	1 423	86
Orthopädie	1 364	3,8	1 267	97	1 432	3,9	1 332	100
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	655	1,8	652	3	680	1,9	677	3
Mund- und Kieferkrankheiten	371	1,0	331	40	374	1,0	326	48
Anästhesie	275	0,8	199	76	338	0,9	240	98
Laboratoriumsdiagnostik	324	0,9	292	32	348	1,0	307	41
Fachärzte insgesamt	35 667	100	30 489	5 178	36 579	100	31 203	5 376

Tabelle 3: Berufstätige Ärzte und Zahnärzte nach Geschlecht und Berufsausübung

Art der Berufsausübung	1964						1965					
	Ärzte				Zahnärzte ¹⁾		Ärzte				Zahnärzte ²⁾	
	insgesamt	männlich	weiblich	Fachärzte	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	Fachärzte	insgesamt	darunter weiblich
Anzahl												
In freier Praxis												
mit Krankenhaustätigkeit	7 443	6 901	542	5 766	101	11	7 418	6 886	532	5 746	89	14
ohne Krankenhaustätigkeit	42 143	34 770	7 373	14 786	29 664	3 767	42 331	34 872	7 459	15 091	29 269	3 750
Assistenzärzte bei Ärzten in freier Praxis	474	240	234	104	1 215	475	466	228	240	106	1 151	465
Hauptamtlich in Krankenhäusern	25 324	20 615	4 709	12 087	455	96	26 535	21 567	4 968	12 540	458	95
In verwaltender Tätigkeit	8 819	7 404	1 415	2 924	612	156	9 051	7 511	1 540	3 096	584	118
Insgesamt	84 203	69 930	14 273	35 667	32 047	4 505	85 801	71 062	14 739	36 579	31 551	4 442
%												
In freier Praxis												
mit Krankenhaustätigkeit	8,8	9,9	3,8	16,2	0,3	0,2	8,6	9,7	3,6	15,7	0,3	0,3
ohne Krankenhaustätigkeit	50,0	49,7	51,7	41,5	92,6	83,6	49,3	49,1	50,6	41,3	92,8	84,4
Assistenzärzte bei Ärzten in freier Praxis	0,6	0,3	1,6	0,3	3,8	10,5	0,5	0,3	1,6	0,3	3,7	10,5
Hauptamtlich in Krankenhäusern	30,1	29,5	33,0	33,9	1,4	2,1	30,9	30,3	33,7	34,3	1,5	2,1
In verwaltender Tätigkeit	10,5	10,6	9,9	8,2	1,9	3,5	10,5	10,6	10,4	8,5	1,9	2,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Einschl. Dentisten. — ²⁾ In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin (West) einschl. Dentisten.

mit der niedrigsten Arztdichte sind das Saarland mit 12,5, Niedersachsen mit 12,6 und Rheinland-Pfalz mit 12,7 Ärzten auf 10 000 Einwohner.

Von den berufstätigen Ärzten waren 36 579 (35 667) Fachärzte; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Ärzte betrug damit 42,6 % (42,4) und hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig verändert, obwohl sich über längere Zeiträume hin eine Verlagerung in der Zusammensetzung der Ärzteschaft zugunsten der Fachärzte feststellen läßt. Der Anteil der Fachärzte betrug 1938 33,1 % und 1953 31,2 %; er ist bei den Männern mit 43,9 % (43,6) etwas höher als bei den Frauen mit 36,5 % (36,3). Die männlichen Fachärzte haben sich am häufigsten, nämlich zu 26,2 % auf das Gebiet der Inneren Krankheiten spezialisiert, es folgen die Fachgebiete der Chirurgie mit 15,0 %, der Frauenkrankheiten und Geburtshilfe mit 10,2 % und der Nerven- und Gemütskrankheiten mit 6,8 %. Die Ärztinnen, die sich spezialisiert haben, haben in der Mehrzahl andere Fachgebiete gewählt: 28,2 % sind Fachärztinnen für Kinderkrankheiten, 21,4 % für Innere Krankheiten, 11,0 % für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe und 8,7 % für Nerven- und Gemütskrankheiten.

Im Berichtsjahr ist — wie im Vorjahr — die stärkste Zunahme an Fachärzten, nämlich um 260 (248) beim Fachgebiet der Inneren Krankheiten, zu verzeichnen, eine Zunahme um 131 Ärzte wurde bei den Chirurgen und eine Zunahme um 105 Ärzte bei den Kinderärzten festgestellt.

Die Zahl der Fachärzte ist um 912 bzw. 2,6 %, die Zahl der Ärzte ohne Facharztstätigkeit um 686 bzw. 1,4 % angestiegen. Auch wenn der Anteil der nicht spezialisierten Ärzte im Vergleich zu dem der Fachärzte zurückgeht, so sollte doch beachtet werden, daß auch ihre Zahl noch weiter angestiegen ist und mit über 49 000 ihren bisher höchsten Stand erreicht hat; allerdings hat die Zahl der frei praktizierenden Ärzte ohne Facharztstätigkeit weiter geringfügig abgenommen.

Wie dargestellt wurde, ist die Arztdichte in der Bundesrepublik nicht in allen Bundesländern gleich, sondern zeigt z. T. erhebliche Unterschiede. Betrachtet man die Bundesländer nach ihrer Besetzung mit Fachärzten und nicht spezialisierten Ärzten, so ergeben sich weitere interessante Aufschlüsse. Im Bundesdurchschnitt entfielen auf 10 000 Einwohner 6,2 Fachärzte und 8,3 nicht spezialisierte Ärzte. Die höchste Facharztdichte weisen Berlin (West) mit 10,6, Hamburg mit 9,9 und Bremen mit 7,9 auf. In der hohen Facharztdichte der Stadtstaaten kommt deren besondere Situation zum Ausdruck; die Einzugsgebiete der in den Großstädten ansässigen Fachärzte, zu denen auch die Fachärzte in den Krankenhäusern gehören, überschreiten vielfach den Umkreis, aus dem die Patienten der Allgemeinpraktiker kommen. Im Falle Berlins sollte der relativ hohe Anteil alter Menschen an der Wohnbevölkerung, die die Ärzte im allgemeinen stärker in Anspruch nehmen als junge, in die Überlegungen einbezogen werden. Die dünnste

Versorgung mit Fachärzten weist mit 4,9 das Bundesland Rheinland-Pfalz auf; es folgen Niedersachsen mit 5,3, Bayern mit 5,5 und das Saarland mit 5,6 Fachärzten auf 10 000 Einwohner. Indessen stellen die Bundesländer keine geschlossenen Versorgungsbezirke dar; die angegebenen Dichteziffern müssen daher mit dem Vorbehalt betrachtet werden, daß die Bevölkerung möglicherweise in einer Reihe von Fällen einen Facharzt außerhalb des Bundeslandes ihrer Wohngemeinde aufsucht.

Bei denjenigen Bundesländern, die eine unterdurchschnittliche Facharztdichte besitzen, findet durchweg kein Ausgleich durch eine überdurchschnittliche Besetzung mit Ärzten ohne Facharztstätigkeit statt. Vielmehr entfallen hier auch weniger nicht spezialisierte Ärzte auf die Bevölkerung als in den Bundesländern mit einer hohen Facharztdichte. Eine Ausnahme bildet Bayern, das bei einer unterdurchschnittlichen Facharztdichte — 5,5 Fachärzte auf 10 000 Einwohner — bzw. 11,3 % unter dem Bundesdurchschnitt — eine überdurchschnittliche Dichte an nicht spezialisierten Ärzten aufweist (9,3 bzw. 12,0 % über dem Bundesdurchschnitt). Auf diese Weise kommt es in Bayern zu einer Arztdichte, die sogar etwas über dem Bundesdurchschnitt liegt. In den Bundesländern, in denen die Facharztdichte überdurchschnittlich hoch ist, ist die Bevölkerung im allgemeinen auch besser mit nicht spezialisierten Ärzten versorgt als im übrigen Bundesgebiet. So hat Berlin (West), neben der höchsten Facharztdichte zugleich auch — bezogen auf die Wohnbevölkerung — die meisten Ärzte ohne Facharztstätigkeit. Eine Ausnahme bildet hier Bremen, wo die Zahl der Fachärzte die Zahl der Ärzte ohne Facharztstätigkeit überschritten hat.

Die Zahl der Medizinalassistenten betrug im Berichtsjahr 6 613 (5 888) und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 725 (516) bzw. 11,2 % (11,0) gestiegen. Von ihnen waren 6 408 (5 714) in Krankenhäusern, 108 (84) in wiss.-theoretischen Instituten und 69 (73) bei frei praktizierenden Ärzten beschäftigt.

Nach dem Ort der Tätigkeit betrachtet, hat die größte Zunahme bei den berufstätigen Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit stattgefunden, deren Zahl sich um 1 211 (1 188) bzw. 4,8 % (4,9) vergrößert hat; sie betrug 1965 26 535 (25 324). 30,9 % aller berufstätigen Ärzte sind damit hauptamtliche Krankenhausärzte, während es 1964 noch 30,0 % und 1960 28,4 % waren.

Während in den Jahren nach 1956 sich die Versorgung der Krankenhausbetten mit Ärzten zunächst verschlechterte, und 1960 für 1 000 Krankenhausbetten 2,7 Ärzte weniger zur Verfügung standen als noch 1956, ist seitdem die Zahl der Krankenhausärzte relativ stärker gestiegen als die Zahl der Krankenhausbetten, so daß sich die ärztliche Versorgung wieder verbessert hat. 1956 entfielen auf 1 000 Krankenhausbetten 51,8 Ärzte, 1960 war ihre Zahl auf 49,1 zurückgegangen, 1964

dagegen wieder auf 51,0 angestiegen. Im Berichtsjahr hat sich die Situation weiter verbessert; es standen 52,1 Ärzte für 1 000 Krankenhausbetten zur Verfügung; in den Akutkrankenhäusern des Bundesgebietes waren es 67,9, in den Sonderkrankenhäusern dagegen nur 19,7 Ärzte. Da sich seit 1960 die Zahl der Betten in Sonderkrankenhäusern stärker erhöht hat als in den Akutkrankenhäusern, dürfte sich die ärztliche Versorgung noch über die dargestellte Entwicklung hinaus verbessert haben.

Von den Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit waren 12 540 (12 087) Fachärzte und 13 995 (13 237) nicht spezialisierte Ärzte. Der Anteil der Fachärzte betrug 47,3%, während unter den frei praktizierenden Ärzten nur 41,7% eine Facharztstätigkeit ausübten. Von den 26 535 hauptamtlichen Krankenhausärzten waren 4 968 oder 18,7% Frauen; dagegen betrug der Anteil der Ärztinnen bei den frei praktizierenden Ärzten nur 16,4%.

Die Zahl der Ärzte in freier Praxis ist um 155 und die der Ärzte in verwaltender Tätigkeit um 232 angestiegen. Die Zahl der Ärzte in freier Praxis, die in den beiden vorausgegangenen Jahren zurückgegangen war, hat jedoch noch nicht wieder den Stand von 1962 mit 50 476 Ärzten erreicht.

Sie betrug Ende 1965 50 215 (50 060). Von ihnen übten 7 418 (7 443) außerdem eine Krankenhaustätigkeit aus. Der Anteil der Fachärzte unter ihnen belief sich auf 20 943 (20 655), von denen 5 746 (5 766) bzw. 27,4% (27,9) zusätzlich im Krankenhaus tätig waren. Die Zahl der freipraktizierenden Ärzte ohne Facharztstätigkeit, also der Allgemeinpraktiker, die zugleich eine Krankenhaustätigkeit ausübten, war sehr gering; sie betrug nur 1 672 (1 677) und machte damit 5,7% (5,7) aller in freier Praxis tätigen Allgemeinpraktiker aus.

Die Gesamtzahl der in freier Praxis tätigen Allgemeinpraktiker belief sich auf 29 272 (29 404) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 132 bzw. 0,4% vermindert. Gleichzeitig ist die Zahl der in freier Praxis tätigen Fachärzte von 20 655 auf 20 943, also um 288 bzw. 1,4% angestiegen. In der Entwicklung der letzten Jahre hat besonders die Zahl der frei praktizierenden Fachärzte für Innere Krankheiten und der Fachärzte für Orthopädie stark zugenommen. Unter den neueren Facharzttrichtungen fällt die Zunahme der Fachärzte für Urologie und Laboratoriumsdiagnostik auf.

Auch für die in freier Praxis tätigen Ärzte lassen sich sinnvoll Dichteziffern bilden. Sie sind Ausdruck der ärztlichen Versorgung außerhalb von Krankenhäusern. Im Jahre 1965 entfielen auf 10 000 Einwohner 8,6 frei praktizierende Ärzte: davon waren 5,0 (5,0) Allgemeinpraktiker und 3,6 (3,5) Fachärzte. Die Unterschiede in der Versorgung mit frei praktizierenden Ärzten in den verschiedenen Bundesländern entsprechen ungefähr den Verhältnissen, wie sie für die Gesamtheit aller berufstätigen Ärzte dargestellt worden sind. Ein erwähnenswerter Unterschied liegt darin, daß die Stadtstaaten, vor allem Berlin (West), bei den nicht spezialisierten Ärzten, die frei praktizieren, eine relativ geringere Dichte aufweisen als bei den berufstätigen, nicht spezialisierten Ärzten insgesamt. Hier ist die Zahl der Ärzte in verwaltender Tätigkeit mit 709 (690) bzw. 13,9% (14,1) höher als im Bundesdurchschnitt mit 10,5% (10,5).

Zahnärzte

Ende 1965 betrug die Gesamtzahl der von den Gesundheitsämtern registrierten Zahnärzte und staatlich anerkannten Dentisten 32 876 (33 316). Diese Zahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 448 (195) bzw. 1,0% (0,6) weiter verringert. Von diesen waren 31 660 (32 047) berufstätig, etwa zu 96,7%¹⁾ in freier Praxis und zu 1,5% hauptamtlich in Krankenhäusern.

Da die Wohnbevölkerung in den letzten Jahren weiter zugenommen hat, ist die Zahnärztdichte relativ noch starker zurückgegangen. Während im Jahre 1960 auf 10 000 Einwohner 5,8 berufstätige Zahnärzte und Dentisten entfielen, waren es 1964 noch 5,5 und im Berichtsjahr 5,3 Zahnärzte und

Dentisten. Die Zahl der erteilten Approbationen bei den Zahnärzten betrug im Berichtsjahr 494 (466) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht; 1965 wurde die höchste Zahl von Approbationen seit 1956 ausgesprochen. Nach den in der Hochschulstatistik vorliegenden Zahlen über die Studierenden der Zahnmedizin ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Examinierten sich auch in den nächsten Jahren mindestens in gleicher Höhe halten wird. Die Gesamtzahl der berufstätigen Zahnärztinnen und Dentistinnen belief sich im Berichtsjahr auf 4 454 (4 505). Ihr Anteil an der berufstätigen Zahnärzteschaft ist von 13,3% im Jahre 1960 auf 14,1% (14,1) gestiegen. Unter den im Berichtsjahr approbierten Zahnärzten befanden sich 162 (166) bzw. 32,8% (35,6) Frauen. Nach den Angaben der Hochschulstatistik ist der Anteil der Frauen unter den Studierenden der Zahnmedizin wieder geringer, so daß es fraglich ist, ob sich der Anteil der Frauen in dem Maße vergrößern wird, wie es nach der Zahl der Approbationen in den letzten Jahren anzunehmen wäre. Unter den Bundesländern hatte Berlin (West) mit 7,9 Zahnärzten auf 10 000 Einwohner die höchste Zahnärztdichte aufzuweisen; sie lag um fast 50% über dem Bundesdurchschnitt. Eine verhältnismäßig hohe Zahnärztdichte verzeichneten ferner die folgenden Bundesländer: Hamburg mit 7,6, Hessen mit 5,9, Bayern mit 5,8, Baden-Württemberg und Bremen mit je 5,7 Zahnärzten auf 10 000 Einwohner. Die niedrigste Zahnärztdichte wurde mit 4,0 im Saarland und 4,3 in Rheinland-Pfalz festgestellt; diese Zahl bedeutet, daß zur Versorgung der dortigen Bevölkerung etwa ein Drittel Zahnärzte weniger zur Verfügung steht als im Bundesdurchschnitt. Es folgen Nordrhein-Westfalen mit 4,5 und Niedersachsen mit 4,9 Zahnärzten auf 10 000 Einwohner.

Übrige Berufe des Gesundheitswesens

Hier werden die Träger sehr verschiedenartiger Berufe erfaßt, die sich mit der Krankenpflege, mit Entbindungen und Gesundheitspflege befassen. Wegen der heterogenen Zusammensetzung dieses Personenkreises kann nur die Entwicklung einiger ausgewählter Berufe interpretiert werden. Unter ihnen ist der der Zahl nach bei weitem größte Personenkreis derjenige der Krankenpflegepersonen; im Berichtsjahr wurden 160 468 (159 114) Träger dieser Berufsgruppe ermittelt; dieser Beruf wird überwiegend — zu 88% (88) — von Frauen ausgeübt. Die meisten dieser weiblichen Krankenpflegepersonen waren Krankenschwestern. Ihre Zahl betrug 1965 97 527 (97 363) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 164 erhöht. Von der gesamten Zahl der Krankenpflegepersonen waren nur 19 251 (18 453) bzw. 12% (12) Männer. Von ihnen waren zwei Drittel, nämlich 12 532 (12 340) Krankenpfleger und von diesen wiederum 4 801 (5 015) in der Geisteskrankenpflege tätig. Einzig

Tabelle 4: Übrige im Gesundheitswesen Tätige
(Ausgewählte Berufsgruppen)

Berufsgruppe	1963	1964	1965	
			insgesamt	männlich weiblich
Krankenpflegepersonen (ohne Schüler(-innen)) ...	156 731	159 114	160 468	19 251 141 217
darunter:				
Krankenschwestern bzw. -pfleger ¹⁾	109 470	109 797	110 059 ²⁾	12 532 ²⁾ 97 527 ²⁾
Kinderkrankenschwestern	13 279	13 427	13 282 ²⁾	— 13 282 ²⁾
Krankenschwestern-schülerinnen bzw. -pfleger-schüler (-innen)	21 203	21 950	22 668	2 650 20 018
Kinderkrankenschwestern-schülerinnen	6 701	6 710	7 234	— 7 234
Hebammen	8 719	8 503	8 230	— 8 230
Hebammenschülerinnen ..	515	514	547	— 547
Krankengymnasten (-innen) Masseure (-innen) und med. Bademeister (-innen)	4 992	4 894	5 093	160 4 933
Sozialarbeiter (-innen), Fürsorger (-innen) (staatl. geprüft), Gesundheitspfleger (-innen)	12 165	12 498	12 549 ²⁾	5 343 ²⁾ 7 206 ²⁾
Med.-techn. Assistenten (-innen)	8 958	8 956	8 894	928 7 971
	14 100	14 451	14 914 ²⁾	169 ²⁾ 14 745 ²⁾

¹⁾ In Bremen nur in Krankenhäusern Tätige. — ²⁾ In Schleswig-Holstein einschl. der nichtganztägig Beschäftigten.

¹⁾ Da einige Bundesländer keine gesonderten Angaben über die Dentisten gemacht haben, ist eine genaue Berechnung der Anteile der Arten der Berufsausübung für die Zahnärzte nicht möglich.

Tabelle 5: Ärzte und Zahnärzte in den Gesundheitsämtern

Stellung	31. 12. 1964			31. 12. 1965										
	insgesamt	mannlich	weiblich	insgesamt	mannlich	weiblich	Lungen-	Innere-	Kinder-	Fachärzte für Haut- und Geschlechts-	Nerven- und Gemuts-	Orthopädie	sonstige Fachgebiete	Zahnärzte
Amts- bzw. Kreisärzte ..	768	705	63	766	698	68	43	53	18	9	22	1	25	4
planmäßig ..	500	487	13	500	487	13	21	29	7	6	12	1	13	—
Stellvertreter ..	268	218	50	266	211	55	22	24	11	3	10	—	12	—
Sonstige hauptamtliche														
Ärzte ..	1 311	723	588	1 348	720	628	247	94	224	42	56	12	59	284
Vertragsärzte ..	2 494	1 881	613	2 669	1 971	698	171	39	473	79	117	266	240	1 953
Ehrenamtlich tätige Ärzte	119	96	23	126	100	26	—	—	10	3	11	—	12	1

nier erreichte die Zahl der Krankenpfleger nahezu die Zahl der im gleichen Gebiet tätigen Krankenschwestern; sie betrug 5056 (5 556). Als Gemeindeschwestern waren 11 748 (10 498) Krankenschwestern tätig. Bei den Krankenpflegepersonen wurden weiterhin 13 282 (13 427) Kinderkrankenschwestern erfaßt. Es fällt auf, daß die Zahl der „sonstigen Pflegekräfte ohne staatl. Prüfung“ in den letzten Jahren und auch im Berichtsjahr kräftig angestiegen ist, während sich die Zahl des ausgebildeten Krankenpflegepersonals im gleichen Zeitraum nur geringfügig vermehrt hat. Allein im Berichtsjahr belief sich die Zunahme der sonstigen Pflegekräfte — 31 653 (30 654) — auf rd. 1 000. Noch im Jahre 1960 hatte ihre Zahl 19 964 betragen.

Mit den Krankenpflegepersonen werden auch die noch in Ausbildung befindlichen Personen erfaßt, weil sie im allgemeinen bereits in Krankenhäusern arbeiten und die Pflegeschulen durchweg bestimmten Krankenhäusern angeschlossen sind. Es wurden 20 018 Krankenschwesternschülerinnen, 2 650 Krankenpflegerschüler, 7 234 Kinderkrankenschwesternschülerinnen, 602 Krankenpflegehelferschülerinnen und 75 Krankenpflegehelferschüler gezählt, so daß bei diesem Personenkreis insgesamt eine Zunahme um 6,7% eingetreten ist. Wie im Vorjahr ist auch im Berichtsjahr die Zahl der Hebammen weiter zurückgegangen. Sie betrug Ende 1965 8 230 (8 503); im Jahre 1960 waren noch 9 442 Hebammen ermittelt worden. In diesem Rückgang spiegelt sich die Entwicklung wider, in die der Hebammenberuf infolge der steigenden Tendenz zur Anstaltsentbindung eingetreten ist.

Bei den übrigen Berufen — von denen ihrer Zahl wegen die Sozialarbeiter(-innen) bzw. Fursorger(-innen) und Gesundheitspfleger(-innen) mit 8 894 (8 956) und die Berufsgruppen der Masseure, Masseurinnen und med. Bademeister(-innen) mit zusammen 12 549 (12 498) Personen erwähnt seien — sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

Personelle Besetzung der Gesundheitsämter

Die Zahl der Gesundheitsämter im Bundesgebiet beträgt 503 und ist seit einer Reihe von Jahren beinahe unverändert geblieben. In den Gesundheitsämtern waren 1965 2 114 (2 079) Ärzte vollbeschäftigt und weitere 2 669 (2 494) nur teilweise tätig. Von den in den Gesundheitsämtern hauptamtlich tätigen

2 114 (2 079) Ärzten hatten 905 eine Facharztausbildung, und zwar am häufigsten für Lungenkrankheiten, nämlich 290, sodann für Kinderkrankheiten 242 und für Innere Krankheiten 147. Von den Vertragsärzten — 2 669 (2 494) — hatten insgesamt 1 385 eine Facharztanerkennung; hier überwogen die Fachärzte für Kinderkrankheiten mit 473; an zweiter Stelle standen die Fachärzte für Orthopädie mit 266.

Außerdem gab es in den Gesundheitsämtern 288 (272) vollbeschäftigte und 1 953 (1 976) teilweise beschäftigte Zahnärzte. Während also die Zahl der nicht vollbeschäftigten Ärzte diejenige der vollbeschäftigten nur um etwa ein Viertel übersteigt, beträgt die Zahl der teilbeschäftigten Zahnärzte ein Mehrfaches der Zahl der vollbeschäftigten Zahnärzte. Hieraus geht hervor, daß ein großer, wenn nicht der überwiegende Teil der Gesundheitsämter nicht über einen vollbeschäftigten Zahnarzt verfügt, sondern sich mit einem Vertragsarzt begnügen muß. Bei den nicht vollbeschäftigten Ärzten und Zahnärzten sind überdies Mehrfachzahlungen nicht auszuschließen.

Nahezu unverändert ist die Zahl der bei den Gesundheitsämtern beschäftigten Sozialarbeiter(-innen) bzw. Fursorger(-innen). Sie beträgt 4 233 (4 232). Es bedarf der Erwähnung, daß den Gesundheitsämtern für den Gesundheitsdienst vielfach noch weitere Sozialarbeiter(-innen) bzw. Fursorger(-innen) zur Verfügung stehen, die aber nicht beim Gesundheitsamt, sondern bei einer vorgesetzten Behörde beschäftigt sind und daher bei der Zahlung des Personals der Gesundheitsämter nicht mit berücksichtigt werden.

Apotheken und Personal der Apotheken

Ende 1965 betrug die Zahl der Apotheken im Bundesgebiet 10 336 (10 128) und hat damit ihren bisher höchsten Stand erreicht. Der Zuwachs an Apotheken belief sich im Berichtsjahr auf 208 (233) bzw. 2,0% (2,3). Er hat sich in den letzten Jahren verlangsamt. Nach der vom Bundesverfassungsgericht am 11. Juni 1958 deklarierten Niederlassungsfreiheit der öffentlichen Apotheken hatte sich deren Zahl in den Jahren 1959—1964 jährlich im Durchschnitt um 280, das sind 3,2%, erhöht. Von der Gesamtzahl der Apotheken waren 9 998 (9 803) öffentliche Vollapotheken, 64 (63) Zweigapotheken und 274 (262) Krankenhausapotheken.

Tabelle 6: Apotheken¹⁾ und Personal der Apotheken

Stand: Jeweils 31. Dezember

Jahr	Apotheken	Apotheker		Kandidaten der Pharmazie ²⁾		Vorgeprüfte Apothekeranwärter		Apothekerpraktikanten		Sonstiges Personal ³⁾	
		insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Voll- und Zweigapotheken											
1960	8 832	15 306	5 884	1 527	997	2 692	2 129	4 630	3 187	10 165	9 988
1964	9 866	16 679	7 068	1 799	1 153	4 488	3 461	3 867	2 438	16 971	16 766
1965	10 062	17 189	7 501	1 920	1 180	4 686	3 616	3 441	2 007	17 844	17 593
Krankenhausapotheken unter Leitung eines Apothekers											
1960	242	470	171	11	6	28	24	87	60	355	275
1964	262	506	221	5	4	32	23	91	48	583	487
1965	274	536	246	7	5	29	24	81	43	615	502
Insgesamt											
1960	9 074	15 776	6 055	1 538	1 003	2 720	2 153	4 717	3 247	10 520	10 263
1964	10 128	17 185	7 289	1 804	1 157	4 520	3 484	3 958	2 486	17 554	17 253
1965	10 336	17 725	7 747	1 927	1 185	4 715	3 640	3 522	2 050	18 459	18 095

¹⁾ Ohne Dispensieranstalten. — ²⁾ Apotheker zwischen Staatsexamen und Approbation. — ³⁾ Ständiges nichtpharmazeutisches Personal, Apothekenhelfer, Laboranten.

Die Zahl der Apotheker ist in den letzten Jahren stetig gestiegen; sie belief sich 1960 auf 15 776, 1964 auf 17 185 und im Berichtsjahr auf 17 725. Auch die Zahl der Kandidaten der Pharmazie sowie der vorgeprüften Apothekeranwärter weist eine ständig steigende Tendenz auf. Die Zahl der Kandidaten der Pharmazie betrug 1965 1 927 (1 804), die der vorgeprüften Apothekeranwärter 4 715 (4 520). Die Erhöhung des Apothekernachwuchses deutet darauf hin, daß die Zahl der approbierten Apotheker auch in Zukunft weiter steigen wird.

Der Anteil der Frauen hat bei den Apothekern zugenommen. Er betrug 1960 38,4 %, 1964 42,4 % und im Berichtsjahr 43,7 %. Bei den im Jahre 1965 ausgesprochenen Approbationen überwiegt der Anteil der Frauen; von 1 223 Approbationen wurden 706 bzw. fast 58 % an Frauen erteilt, im Vorjahr waren es sogar 65 %.

Die Zahl der Apothekerpraktikanten hat, wie in den Vorjahren so auch im Berichtsjahr, weiter abgenommen; sie beträgt noch 3 522 (3 958); dagegen hat sich das ständige nichtpharmazeutische Personal der Apotheken vermehrt. Seine Zahl betrug im Berichtsjahr 18 459 (17 554). Von diesem Personal waren 18 095 (17 253) bzw. 98 % (98) Frauen, darunter 17 593 in öffentlichen Apotheken.

Die starke Zunahme, die gerade bei den Apothekenhelferinnen zu verzeichnen ist — noch 1960 wurden erst 10 263 Frauen, darunter 9 988 in öffentlichen Apotheken, in dieser Berufsgruppe registriert —, ist nur zum Teil durch die Vermehrung der Zahl der Apotheken bedingt; sie deutet zugleich auf die ständig wachsende wirtschaftliche Bedeutung dieses Berufs und seine Wichtigkeit für die öffentlichen Apotheken hin.

Zusammenfassung

Im Rahmen der Statistik der Berufe des Gesundheitswesens wurde zum Stichtag des 31. Dezember 1965 die Zahl aller Personen, deren berufliche Tätigkeit in einem Zusammenhang mit Aufgaben des Gesundheitswesens stand, ferner die Zahl der Gesundheitsämter und der Apotheken erfaßt.

Im Bundesgebiet wurden 85 801 (+ 1,9 %) berufstätige Ärzte gezählt, von denen 17,2 % (+ 3,3 %) weiblichen Geschlechts waren. Die Zahl der berufstätigen Ärzte ist damit wiederum gestiegen, und zwar um 1 598 (1 178). Besonders groß ist die Steigerung bei den Krankenhausärzten; deren Zahl betrug Ende 1965 26 535 und hat sich damit um 4,8 % erhöht.

Demgegenüber ist bei den frei praktizierenden Ärzten nur eine Steigerung um 0,3 % eingetreten. Im Bundesgebiet gab es 50 215 frei praktizierende Ärzte, von denen 20 943 (20 655) Fachärzte waren. Die Zahl der frei praktizierenden Fachärzte hat sich um 1,4 % erhöht, während die der frei praktizierenden

Ärzte, die keine Facharztstätigkeit ausübten, um 0,4 % abgenommen hat.

Die Zahl der Ärzte in verwaltender Tätigkeit hat um 2,6 % zugenommen und belief sich im Berichtsjahr auf 9 051; noch vor zehn Jahren hatte sie etwa 6 000 betragen.

Da die Zahl der Ärzte stärker gestiegen ist als die Wohnbevölkerung, hat sich auch die Arztdichte weiter erhöht; sie betrug 14,5 (14,4), seit 1938 ist damit eine Verdoppelung eingetreten. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik hinsichtlich der Arztdichte etwa an zehnter Stelle.

Die Zahl der berufstätigen Zahnärzte und Dentisten ist von 32 047 im Jahre 1964 auf 31 660, also um 387 zurückgegangen. Bei der Zahnarztdichte war der Rückgang noch stärker. 1960 entfielen 5,8 berufstätige Zahnärzte auf 10 000 Einwohner, 1964 waren es 5,5 und im Berichtsjahr 5,3. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik damit — nach den Veröffentlichungen der WHO — etwa an sechster Stelle. Von den Zahnärzten waren 14,1 % weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Zahnärztinnen hat nach den im Berichtsjahr ausgesprochenen Approbationen zunächst eine ansteigende Tendenz; dagegen ist er bei den Studierenden der Zahnmedizin wieder geringer.

Bei den übrigen Berufen des Gesundheitswesens hat sich die Zahl der berufstätigen Personen etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Die größte Gruppe unter diesen Berufen bilden die Krankenschwestern; ihre Zahl betrug 97 527 (97 363). Infolge der ständig wachsenden Tendenz zur Anstaltsentbindung hat sich die Zahl der berufstätigen Hebammen weiter verringert, und zwar im Berichtsjahr um 273 auf 8 230.

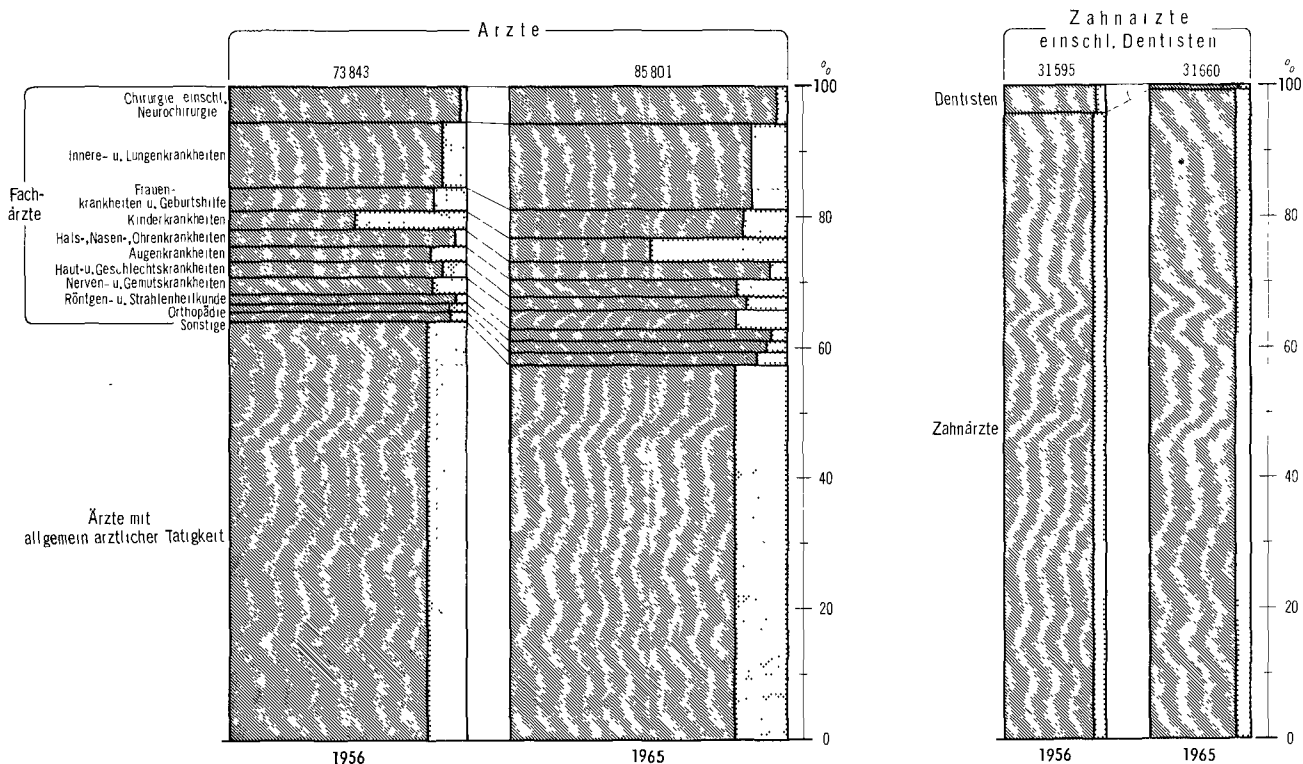
Bei den Gesundheitsämtern des Bundesgebietes waren Ende 1965 2 116 vollbeschäftigte und 2 669 Ärzte im Vertragsverhältnis, ferner 288 hauptamtliche und 1 953 nicht vollbeschäftigte Zahnärzte tätig.

Ende 1965 gab es im Bundesgebiet 10 336 Apotheken, von denen 9 998 öffentliche Vollapotheken, 64 Zweigapotheken und 274 Krankenhausapotheken waren. Die Zahl der Apotheken hat um 208 zugenommen, von denen 195 Vollapotheken waren. Das in den vergangenen Jahren festzustellende Anwachsen hat sich weiter verlangsamt. Die Zahl der in Apotheken tätigen Apotheker hat um 540 zugenommen und beträgt jetzt 17 725. Der Anteil der Frauen in diesem Beruf ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und bei den Approbationen besonders hoch (1965: 58 %). Erheblich gewachsen ist die Zahl der ständigen nichtpharmazeutischen Hilfskräfte, bei denen es sich vorwiegend um Apothekenhelferinnen handelt. Ihre Zahl — im Berichtsjahr 18 095 — hat seit 1960 um 76 % zugenommen.

BERUFE DES GESUNDHEITSWESENS

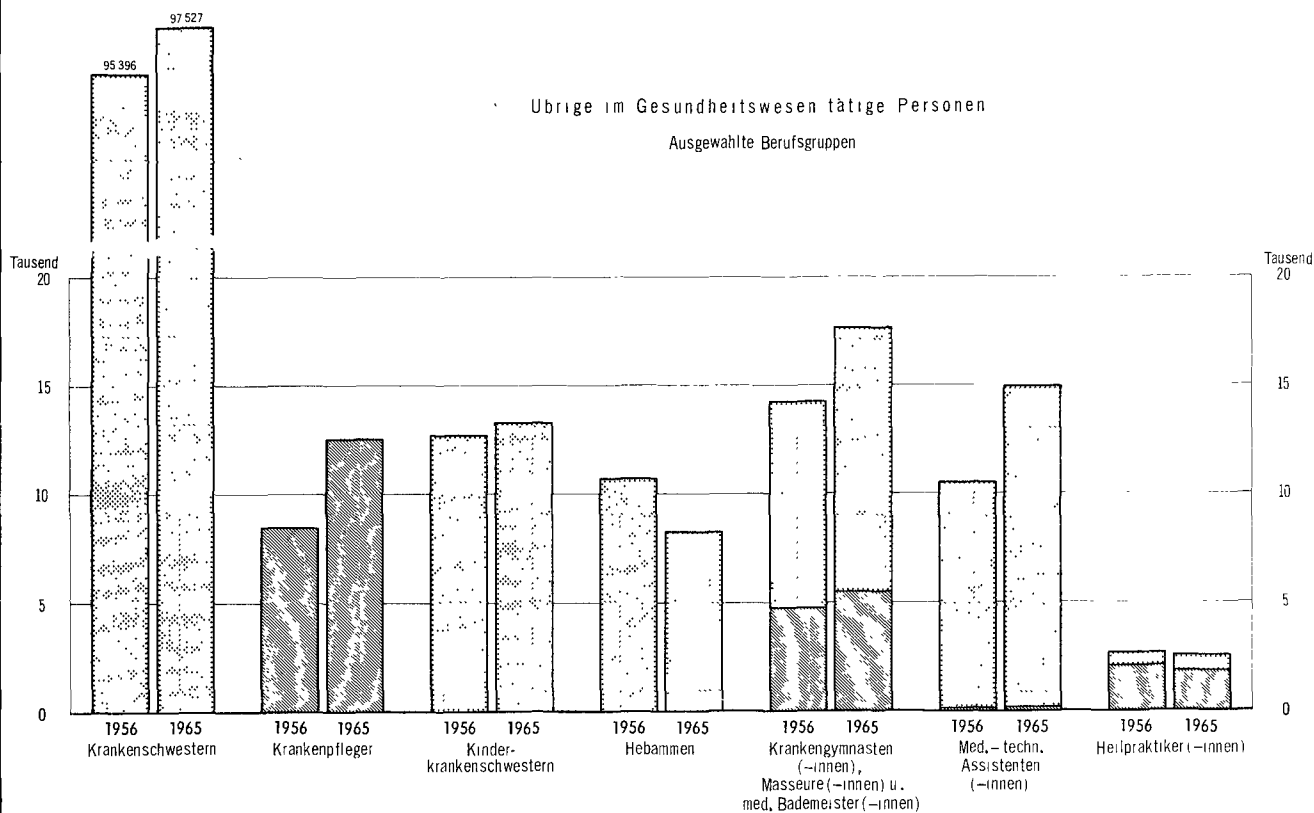
Ausgewählte Berufsgruppen

männlich weiblich



Übrige im Gesundheitswesen tätige Personen

Ausgewählte Berufsgruppen



Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte am 31. Dezember

Lfd. Nr.	Land	insgesamt	zusammen	in freier Praxis und zwar					mit haupt- amtlicher Kranken- haus- tätigkeit	im öffentlichen Gesundheits- dienst	berufstätige	
				ohne		mit		als Assistenz- ärzte bei Ärzten der freien Praxis			Sonstige	im staatlichen gewerbe- ärztlichen Dienst
				Krankenhaus- tätigkeit								
1	Schleswig-Holstein	2 801	2 785	1 453	214	1	857	61	-	Ärzte männ		
2	Hamburg	3 262	3 231	1 509	213	34	1 140	106	9			
3	Niedersachsen	7 762	7 515	3 945	659	19	2 145	155	10			
4	Bremen	972	972	464	86	-	336	28	1			
5	Nordrhein-Westfalen	19 104	18 467	9 113	1 984	53	5 564	465	19			
6	Hessen	6 983	6 818	3 248	635	23	2 177	129	6			
7	Rheinland-Pfalz	3 898	3 847	1 987	486	5	946	86	3			
8	Baden-Württemberg	10 271	10 140	4 949	834	33	3 268	208	9			
9	Bayern	12 986	12 373	6 123	1 357	51	3 295	380	9			
10	Saarland	1 191	1 176	513	103	2	448	18	5			
11	Berlin (West)	3 847	3 738	1 569	316	5	1 391	195	5			
12	Bundesgebiet	73 077	71 062	34 872	6 886	226	21 567	1 831	76			
13	dagegen: 1964	72 016	69 930	34 770	6 901	240	20 615	1 902	82			
14	1963	71 058	69 163	34 951	7 142	228	19 683	1 935	77			
weib												
15	Schleswig-Holstein	510	488	260	17	6	160	31	-			
16	Hamburg	954	772	399	10	20	265	61	-			
17	Niedersachsen	1 672	1 200	622	56	27	393	59	2			
18	Bremen	192	192	85	2	-	84	17	-			
19	Nordrhein-Westfalen	4 606	3 476	1 806	144	25	1 089	245	2			
20	Hessen	1 601	1 395	673	40	31	507	46	1			
21	Rheinland-Pfalz	761	705	377	30	4	238	26	-			
22	Baden-Württemberg	2 467	2 339	1 231	76	49	772	98	1			
23	Bayern	3 111	2 572	1 303	123	68	888	85	1			
24	Saarland	258	234	107	6	3	89	23	1			
25	Berlin (West)	1 536	1 366	596	28	7	483	157	13			
26	Bundesgebiet	17 668	14 739	7 459	532	240	4 968	848	21			
27	dagegen: 1964	17 096	14 273	7 373	542	234	4 709	781	18			
28	1963	16 530	13 862	7 280	542	232	4 453	747	6			
Zahn- männ												
29	Schleswig-Holstein	1 115	1 068	1 024	12	26	-	3	-			
30	Hamburg	1 273	1 190	1 065	3	43	47	18	-			
31	Niedersachsen	3 040	2 965	2 831	13	67	15	8	-			
32	Bremen	364	359	343	-	13	-	2	-			
33	Nordrhein-Westfalen 1)	6 740	6 505	6 113	17	164	95	89	-			
34	Hessen	2 638	2 597	2 451	7	54	50	25	-			
35	Rheinland-Pfalz	1 372	1 370	1 345	1	12	1	1	-			
36	Baden-Württemberg 1)	4 196	4 160	3 924	-	123	47	35	-			
37	Bayern	5 307	5 147	4 844	19	109	97	15	-			
38	Saarland	398	387	364	-	11	7	-	-			
39	Berlin (West) 1)	1 415	1 361	1 215	3	59	4	27	-			
40	Bundesgebiet	27 858	27 109	25 519	75	686	363	223	-			
41	dagegen: 1964 1)	28 294	27 542	25 897	90	740	359	199	-			
42	1963 1)	28 469	27 796	26 145	68	823	310	208	1			
weib												
43	Schleswig-Holstein	188	158	144	2	9	-	4	-			
44	Hamburg	308	217	166	-	32	10	8	-			
45	Niedersachsen	488	446	370	1	60	7	6	-			
46	Bremen	69	63	44	-	18	-	1	-			
47	Nordrhein-Westfalen 1)	1 259	1 069	914	3	105	14	29	-			
48	Hessen	469	444	375	2	34	18	13	-			
49	Rheinland-Pfalz	179	178	172	-	6	-	-	-			
50	Baden-Württemberg 1)	688	661	556	-	75	13	11	-			
51	Bayern	865	761	640	5	79	29	5	-			
52	Saarland	72	69	60	-	7	2	-	-			
53	Berlin (West) 1)	433	376	309	1	41	2	19	-			
54	Bundesgebiet	5 018	4 442	3 750	14	465	95	96	-			
55	dagegen: 1964 1)	5 022	4 505	3 767	11	475	96	97	-			
56	1963 1)	5 042	4 568	3 797	3	543	83	87	-			

1) Einschl. Dentisten. - a) Angaben sind unvollständig. -

1965 nach Berufsausübung, Geschlecht und Landern

berufstätige Ärzte bzw. Zahnärzte											
im Rahmen der Sozial- versiche- rung (Kran- ken-, Un- fall-, In- validenvers.)	beim Versor- gungswesen	in der Arbeits- verwaltung	in der Bun- deswehr (aktive Sanitäts- offiziere u. beamtete bzw. angestellte Ärzte)	im Bundes- grenz- schutz und im Polizei- dienst	in wissen- schaftlich- theore- tischen Instituten	in Industrie und Privatwirtschaft		bei sonstigen Arbeit- gebern	ohne ärztliche Berufs- aus- übung	Berufstätige Medizin- assistenten	Lfd. Nr.
						Werksärzte (haupt- amtlich)	sonstige Ärzte				
56	28	5	.	7	60	6	12	25	16	166	1
96	22	1	34	14	6	36	11	1	31	207	2
181	76	24	94	19	84	38	29	38	247	416	3
34	10	2	.	1	4	5	1	.	.	49	4
361	130	26	113 a)	23	254	194	128	40	637 a)	1 269	5
144	66	6	37	8	120	48	119	52	165	313	6
100	43	5	108	-	5	26	26	21	51	258	7
220	103	17	44 a)	2	234	34	137	48	131	651	8
317	168	99	203	25	206	50	39	51	613	868	9
15	12	1	1	1	37	17	2	1	15	108	10
95	47	-	-	6	78	26	4	1	109 a)	307	11
1 619	705	186	634	106	1 088	480	508	279	2 015	4 612	12
1 534	695	173	622	91	1 051	463	500	291	2 086	4 070	13
1 437	695	174	507	86	1 006	429	505	308	1 895	3 665	14
4	2	-	-	-	3	-	-	5	22	60	15
12	1	1	-	-	-	2	1	-	182	105	16
14	8	-	-	-	9	5	-	5	472	113	17
2	-	-	-	-	1	1	-	.	.	10	18
78	10	-	-	-	34	11	19	13	1 130 a)	520	19
31	6	3	-	1	12	3	26	15	206	188	20
15	4	-	2	-	-	2	1	6	56	70	21
33	9	1	-	-	38	8	14	9	128	340	22
41	17	7	-	-	18	7	3	11	530	341	23
1	3	-	-	-	1	-	-	-	24	37	24
48	10	-	-	1	14	4	3	2	170 a)	199	25
279	70	12	2	2	130	43	67	66	2 929	2 001	26
248	71	8	-	1	114	39	70	65	2 823	1 918	27
214	75	6	1	2	122	39	90	53	2 668	1 707	28
-	-	-	.	-	-	-	3	-	17	-	29
1	-	-	5	2	1	-	-	-	83	-	30
5	-	2	22	-	1	-	-	1	75	-	31
1	-	-	.	-	-	-	-	-	5	-	32
14	-	-	7 a)	-	-	-	6	-	235 a)	-	33
3	1	-	2	-	1	1	-	2	41	-	34
-	-	-	4	-	-	5	-	1	2	-	35
13	1	-	8 a)	-	2	-	2	5	36	-	36
11	1	4	34	-	1	-	2	10	160	-	37
5	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-	38
3	1	-	-	3	44	-	2	-	54 a)	-	39
56	4	6	92	5	50	6	15	19	674	-	40
62	6	7	66	4	51	11	8	42	749	-	41
65	6	1	49	3	43	10	9	55	673	-	42
-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	-	43
-	-	-	-	-	-	-	1	-	91	-	44
1	-	-	-	-	-	-	-	1	42	-	45
-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-	46
4	-	-	-	-	-	-	-	-	190 a)	-	47
-	-	-	-	-	-	-	1	1	25	-	48
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	49
1	-	-	-	-	-	-	-	5	27	-	50
-	-	-	-	-	-	-	-	3	104	-	51
-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	52
-	-	-	-	1	3	-	-	-	57 a)	-	53
6	-	-	-	1	3	-	2	10	576	-	54
4	-	-	-	1	7	-	4	43	517	-	55
4	-	-	-	1	3	1	4	42	474	-	56

Ärzte, Medizinalassistenten und Zahnärzte am 31. Dezember 1965 nach Berufsausübung und Ländern

Land	Ärzte bzw. Zahnärzte									Medizinal- assistenten	Berufs- tätige Ärzte bzw. Zahnärzte auf 10 000 Einwohner	Einwohner je Arzt bzw. Zahnarzt	
	insgesamt	zusammen	berufstätige Ärzte bzw. Zahnärzte					ohne Berufsaus- übung					
			in freier Praxis			mit haupt- amtlicher Kranken- haus- tätigkeit	in verw- altender Tätigkeit 1)2)						
			zusammen	ohne Krankenhaus-tätigkeit	mit								
Ärzte													
Schleswig-Holstein	3 311	3 273	1 951	1 713	231	7	1 017	305	38	226	13,4	745	
Hamburg	4 216	4 003	2 184	1 907	223	54	1 405	414	213	312	21,6	463	
Niedersachsen	9 434	8 715	5 327	4 567	714	46	2 538	850	719	529	12,6	794	
Bremen	1 164	1 164	637	549	88 ^{a)}	-	420	107 ^{b)}	-	68	15,7	638	
Nordrhein-Westfalen	23 710	21 943	13 125	10 919	2 128	78	6 653	2 165 ^{b)}	1 767 ^{c)}	1 789	13,1	763	
Hessen	8 584	8 213	4 650	3 921	675	54	2 684	879	371	501	15,9	623	
Rheinland-Pfalz	4 659	4 552	2 889	2 364	516	9	1 884	479 ^{b)}	107	337	12,7	786	
Baden-Württemberg	12 738	12 479	7 172	6 180	910	82	4 040	1 267 ^{b)}	259	991	14,8	675	
Bayern	16 097	14 945	9 025	7 426	1 480	119	4 183	1 737	1 152	1 209	14,8	675	
Saarland	1 449	1 410	734	620	109	5	537	139	39	145	12,5	799	
Berlin (West)	5 383	5 104	2 521	2 165	344	12	1 874	709	279 ^{c)}	506	23,2	430	
Bundesgebiet	90 745	85 801	50 215	42 331	7 418 ^{a)}	466	26 535	9 051	4 944	6 613	14,5	691	
Zahnärzte													
Schleswig-Holstein	1 303	1 226	1 216	1 168	14	34	-	10	77	-	5,0	1 989	
Hamburg	1 581	1 407	1 314	1 231	3	80	57	36	174	-	7,6	1 318	
Niedersachsen	3 528	3 411	3 342	3 201	14	127	22	47	117	-	4,9	2 029	
Bremen	433	422	418	387	-	31	-	4	11	-	5,7	1 759	
Nordrhein-Westfalen ³⁾	7 999	7 574	7 316	7 027	20	269	109	143 ^{b)}	425 ^{c)}	-	4,5	2 210	
Hessen	3 107	3 041	2 923	2 826	9	88	68	50	66	-	5,9	1 700	
Rheinland-Pfalz ³⁾	1 551	1 548	1 536	1 517	1	18	1	11	3	-	4,3	2 314	
Baden-Württemberg ³⁾	4 884	4 821	4 678	4 480	-	198	60	83 ^{b)}	63	-	5,7	1 747	
Bayern	6 172	5 908	5 696	5 484	24	188	126	86	264	-	5,8	1 710	
Saarland	470	456	442	424	-	18	9	5	14	-	4,0	2 472	
Berlin (West) ³⁾	1 848	1 737	1 628	1 524	4	100	6	103	111 ^{c)}	-	7,9	1 265	
Bundesgebiet	32 876	31 551	30 509	29 269	89	1 151	458	584	1 325	-	5,3	1 879	

1) Ärzte bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz und Polizeidienst, in wissenschaftlich-theoretischen Instituten, sowie Werkstätten und sonstige angestellte Ärzte in der Industrie oder Privatwirtschaft, sofern sie hauptamtlich tätig sind.- 2) Ohne Ärzte der Bundeswehr (Sanitätsbeamte) in Schleswig-Holstein und Bremen.- 3) Einschl. Dentisten.- a) Darunter 5 teilbeschäftigte Ärzte.- b) Angaben über Ärzte der Bundeswehr (Sanitätsbeamte) unvollständig.- c) Angaben unvollständig.

Berufstätige Ärzte am 31. Dezember 1965 nach Ländern und Fachgebieten

Fachgebiet	Bundesgebiet					Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrh.- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- temberg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
	1963	1964	1965													
	insgesamt	mann- lich	weib- lich													
Ärzte ohne Facharztztätigkeit einschl. Bakteriologen, Patholo- gen, Serologen u.a. Als Fachärzte tätig davon Fachärzte für:	47 305 35 720	48 536 35 667	49 222 36 579	39 859 31 203	9 363 5 376	1 777 1 496	2 175 1 828	5 045 3 670	581 583	12 036 9 907	4 843 3 370	2 794 1 758	7 037 5 442	9 388 5 557	781 629	2 765 2 339
Chirurgie	4 826	4 728	4 859	4 676	183	263	214	537	70	1 261	382	279	701	748	90	314
Innere Krankheiten	8 825	9 073	9 333	8 182	1 151	357	410	914	117	2 569	918	438	1 380	1 486	151	593
Lungenkrankheiten	1 839	1 820	1 857	1 572	285	85	72	227	29	411	140	84	332	327	31	119
Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe	3 704	3 717	3 771	3 180	591	155	182	427	65	1 082	337	186	536	514	59	228
Kinderkrankheiten	2 936	2 974	3 079	1 565	1 514	129	163	269	55	898	245	136	479	439	64	202
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	2 411	2 350	2 348	2 210	138	98	110	247	39	698	206	129	314	332	44	131
Augenkrankheiten	2 147	2 193	2 206	1 800	406	88	116	215	40	627	214	123	305	323	35	120
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	1 796	1 745	1 766	1 506	260	63	97	167	35	503	187	81	254	260	24	95
Nerven- und Gemütskrankheiten	2 473	2 536	2 593	2 123	470	118	148	249	40	647	253	103	424	395	38	178
Neurochirurgie	74	95	86	84	2	4	6	8	2	25	8	3	16	5	4	9
Röntgen- und Strahlenheilkunde	1 447	1 447	1 509	1 423	86	46	96	101	36	404	153	68	215	215	30	145
Orthopädie	1 313	1 364	1 432	1 332	100	52	84	140	20	371	141	53	216	234	20	101
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	640	655	680	677	3	12	42	63	11	192	76	25	99	103	9	48
Mund- und Kieferkrankheiten	432	371	374	326	48	9	22	37	7	77	22	20	72	80	5	23
Anästhesie	236	275	338	240	98	13	38	22	12	67	48	18	45	49	15	11
Laboratoriumsdiagnostik	295	324	348	307	41	8	28	47	5	75	40	12	54	47	10	22
Sonstige Fachgebiete	326	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ärzte insgesamt	83 025	84 203	85 801	71 062	14 739	3 273	4 003	8 715	1 164	21 943	8 213	4 552	12 479	14 945	1 410	5 104

Erteilte Approbationen 1965 nach Ländern

Land	Erteilte Approbationen an											
	Ärzte			Zahnärzte						Apotheker		
	mit abgeschlossenem Hochschulstudium			als ehemalige Dentisten 1)								
	insgesamt	mannlich	weiblich	insgesamt	mannlich	weiblich	insgesamt	mannlich	weiblich	insgesamt	mannlich	weiblich
Schleswig-Holstein	122	77	45	31	22	9	1	1	-	37	15	22
Hamburg	164	104	60	46	30	16	-	-	-	18	8	10
Niedersachsen	129	87	42	18	12	6	2	1	1	96	21	75
Bremen	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	499	362	137	89	56	33	-	-	-	204	88	116
Hessen	242	150	92	57	38	19	-	-	-	187	137	50
Rheinland-Pfalz	85	54	31	25	15	10	-	-	-	54	26	28
Baden-Württemberg	502	314	188	96	70	26	3	3	-	246	99	147
Bayern	540	372	168	88	60	28	4	4	-	298	96	202
Saarland	58	35	23	4	3	1	-	-	-	-	-	-
Berlin (West)	216	117	99	40	26	14	-	-	-	83	27	56
Bundesgebiet	2 559	1 673	886	494	332	162	10	9	1	1 223	517	706
dagegen: 1964	2 415	1 613	800	466	300	166	2	2	-	1 065	369	696
1963	2 231	1 483	748	363	250	113	9	8	1	1 011	351	660

1) Gemäß §§ 8 und 9 des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde vom 31.3.1952. Außerdem wurde in Nordrhein-Westfalen 1965 an 11 Ärzte (5 m., 6 w.) vom Innenministerium gem. § 10 der Bundesärzteordnung vom 2.10.1961 die Erlaubnis zur vorübergehenden Berufsausübung erteilt. An 2 Apothekerinnen (Ausländerinnen) wurde die generelle, unbefristete Erlaubnis zur Ausübung des Apothekerberufes erteilt. In Rheinland-Pfalz erhielten 1965 94 ausländische Ärzte (85 m., 9 w.) sowie 8 Zahnärzte (6 m., 2 w.) die Erlaubnis zur Berufsausübung. In Berlin (West) wurde 1964 gem. § 10 der Bundesärzteordnung vom 2.10.1961 an 77 Ärzte (75 m., 2 w.), gem. § 13 des Zahnheilkundengesetzes vom 31.3.1952 an 7 Zahnärzte und 7 Dentisten, gem. § 3 der Reichsapothekerordnung vom 18.4.1927 an 3 Apotheker die Erlaubnis zur Berufsausübung erteilt.

**Von den Ärztekammern im Jahre 1965 ausgesprochene Facharztanerkennungen
nach Geschlecht und Ländern**

Fachgebiet	Ge- schlecht	Bundes- gebiet	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Fralz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Chirurgie	männl.	241	8	9	21	7	64	8	10	44	47	7	16
	weibl.	23	1	3	1	1	9	-	2	2	3	-	1
	zus.	264	9	12	22	8	73	8	12	46	50	7	17
Innere Krankheiten	männl.	361	14	23	33	6	81	38	19	52	51	9	35
	weibl.	104	5	3	4	-	30	6	4	17	16	1	18
	zus.	465	19	26	37	6	111	44	23	69	67	10	53
Lungenkrankheiten	männl.	33	1	3	1	-	4	5	1	8	5	-	5
	weibl.	11	-	-	2	-	4	1	-	1	2	-	1
	zus.	44	1	3	3	-	8	6	1	9	7	-	6
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe	männl.	154	2	17	13	2	41	15	5	33	18	1	7
	weibl.	36	3	4	2	2	10	3	4	5	2	-	1
	zus.	190	5	21	15	4	51	18	9	38	20	1	8
Kinderkrankheiten	männl.	66	2	3	5	2	22	2	3	11	13	-	3
	weibl.	86	1	4	5	3	23	3	5	11	23	-	8
	zus.	152	3	7	10	5	45	5	8	22	36	-	11
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	männl.	68	3	7	5	4	22	3	2	12	6	1	3
	weibl.	9	-	-	-	-	1	2	1	3	1	-	1
	zus.	77	3	7	5	4	23	5	3	15	7	1	4
Augenkrankheiten	männl.	59	-	8	3	-	15	9	1	13	6	1	3
	weibl.	19	-	2	-	1	3	4	2	3	1	-	3
	zus.	78	-	10	3	1	18	13	3	16	7	1	6
Haut- und Geschlechtskrankheiten	männl.	23	1	4	-	-	2	3	1	5	5	-	2
	weibl.	15	-	-	-	1	4	3	-	3	1	-	3
	zus.	38	1	4	-	1	6	6	1	8	6	-	5
Nerven- und Gemutskrankheiten	männl.	81	3	8	6	1	20	4	3	17	8	3	8
	weibl.	26	1	1	1	1	8	2	1	5	3	-	3
	zus.	107	4	9	7	2	28	6	4	22	11	3	11
Neurochirurgie	männl.	12	1	1	1	-	2	1	-	2	-	-	4
	weibl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	zus.	12	1	1	1	-	2	1	-	2	-	-	4
Röntgen- und Strahlenheilkunde	männl.	68	1	4	6	2	13	3	5	6	10	1	17
	weibl.	5	-	-	-	-	-	-	-	2	1	-	2
	zus.	73	1	4	6	2	13	3	5	8	11	1	19
Orthopädie	männl.	57	1	4	3	-	11	4	1	14	9	2	9
	weibl.	8	-	1	1	-	1	-	1	-	1	-	3
	zus.	65	1	5	4	-	12	4	2	14	10	2	11
Urologie oder Krankheiten der Harnwege	männl.	31	-	1	1	-	8	3	2	6	6	1	3
	weibl.	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
	zus.	32	-	1	1	-	8	3	2	6	6	1	4
Mund- und Kieferkrankheiten	männl.	13	-	4	-	-	4	-	-	1	2	-	2
	weibl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	zus.	13	-	4	-	-	4	-	-	1	2	-	2
Anästhesie	männl.	60	2	4	4	2	11	5	1	5	16	2	8
	weibl.	21	-	5	-	-	1	-	-	6	5	-	4
	zus.	81	2	9	4	2	12	5	1	11	21	2	12
Laboratoriumsdiagnostik	männl.	48	-	2	2	-	3	5	1	5	2	2	26
	weibl.	4	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	3
	zus.	52	-	2	2	-	3	5	1	6	2	2	29
Sonstige Fachärzte	männl.	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
	weibl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	zus.	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Insgesamt	männl.	1 376	39	102	104	26	323	108	55	235	204	30	150
	weibl.	368	11	23	16	9	94	24	20	59	59	1	52
	insges.	1 744	50	125	120	35	417	132	75	294	263	31	202

Quelle: Bundesärztekammer

Übrige im Gesundheitswesen tätige Personen am

Berufsgruppe	Bundesgebiet ¹⁾			Schleswig-Holstein ¹⁾		Hamburg	
	inges.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.
Heilpraktiker(-innen) ²⁾	2 581	1 874	707	61	14	62	30
Staatl. anerkt. Dentisten (-innen) ³⁾	109	97	12	1	-	-	-
Sonstige Zahnbehandler (-innen) ⁴⁾	9	8	1	.	.	-	-
Krankenpflegepersonen (ohne Schüler (-innen))	160 468	19 251	141 217	1 071	5 386	975	6 103
Krankenschwestern bzw. -pfleger ⁵⁾	110 059	12 532	97 527	623	3 324	649	4 361
darunter tätig							
als Gemeindeschwestern bzw. -bruder	11 766	18	11 748	1	405	-	94
in der Geisteskrankenpflege ⁶⁾	9 857	4 801	5 056	284	283	184	307
Kinderkrankenschwestern ⁵⁾	13 282	-	13 282	-	371	-	685
Krankenpflegehelfer(-innen) ⁷⁾⁸⁾	5 474	941	4 533	.	.	74	197
Sonstige Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung ⁵⁾	31 653	5 778	25 875	448	1 691	252	860
darunter in der Geisteskrankenpflege tätig ⁵⁾⁶⁾	5 870	2 087	3 783	246	457	60	133
Krankenpflegepersonen in Ausbildung (Schüler (-innen))							
Krankenschwestern bzw. -pfleger ⁹⁾	22 668	2 650	20 018	45	648	69	701
Kinderkrankenschwestern	7 234	-	7 234	-	280	-	311
Krankenpflegehelfer (-innen) ⁷⁾	677	75	602	.	.	-	-
Hebammen	8 230	-	8 230	-	306	-	148
Hebammenschülerinnen	547	-	547	-	10	-	13
Wochenpflegerinnen ⁵⁾⁶⁾	710	-	710	-	16	-	26
Krankengymnasten (-innen) ⁵⁾	5 093	160	4 933	10	213	3	303
Beschäftigungstherapeuten (-innen) ¹⁰⁾	245	36	209	.	.	10	83
Masseure, Masseurinnen	8 836	3 395	5 441	120	152	206	304
Masseure(-innen) und med. Bademeister (-innen)	3 330	1 776	1 554	48	30	80	52
Med. Bademeister (-innen), soweit nicht vorherige Position ¹¹⁾	383	172	211	11	14	-	2
Med.-techn. Assistenten (-innen) ⁵⁾	14 914	169	14 745	4	670	16	926
Diatassistenten (-innen) ⁵⁾¹²⁾	2 005	85	1 920	-	53	-	74
Gesundheitsaufseher (-innen)	679	672	7	22	-	22	-
Desinfektoren (-innen), soweit nicht Gesundheitsaufseher (-innen)	2 170	1 988	182	84	2	69	4
Sozialarbeiter (-innen), Fürsorger (-innen) (staatl. geprüft), Gesundheitspfleger (-innen)	8 834	923	7 971	37	282	11	265
Sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen ⁵⁾	13 099	2 531	10 568	137	188	300	294
darunter im med.-technischen Dienst tätige Personen einschl. der med.-techn. Gehilfen (-innen) ⁵⁾¹⁰⁾	3 119	144	2 975	.	.	2	88

1) In Schleswig-Holstein sind die Teilbeschäftigten nach der Dauer ihrer Arbeitszeit berechnet.- 2) Ohne Saarland.- 3) Ohne Nordrhein-West- 5) In Bremen nur in Krankenhäusern tätig.- 6) Ohne Hessen.- 7) Ohne Schleswig-Holstein, Hessen und Saarland.- 8) In Bremen und Bayern nur und Saarland.- 11) Ohne Bayern.- 12) Einschl. Diatkuchenleiter (-innen) und Ernährungsberater (-innen).

Gesundheitsämter und Personal der Gesundheitsämter am 31. 12. 1965 nach Ländern

Land	Gesundheitsämter	Vollbeschäftigte ¹⁾		Nicht-vollbeschäftigte ²⁾		Ährenamtlich tätige Ärzte	Fürsorger (-innen), Gesundheitspfleger	Med.-techn. Assistenten (-innen)	Gesundheitsaufseher und Desinfektoren	Büropersonal (Beamte und vollbeschäftigte Angestellte)
		Ärzte ³⁾	Zahnärzte	Ärzte	Zahnärzte					
Schleswig-Holstein	20	84	7	34	5	4	156	30	29	204
Hamburg	7	98	12	170	3	-	137	50	24	167
Niedersachsen	70	182	12	603	634	3	445	94	135	419
Bremen	5	39	3	12	4	-	21	13	36	145
Nordrhein-Westfalen	94	572	118	535	47	27	1 559	241	302	1 429
Hessen	46	148	35	109	15	11	234	48	87	328
Rheinland-Pfalz	39	93	-	311	33	-	179	37	45	201
Baden-Württemberg	65	333	47	114	1	44	436	93	97	611
Bayern	137	337	18	561	1 201	37	531	61	176	658
Saarland	8	27	-	132	-	-	70	10	18	69
Berlin (West)	12	203	36	88	10	-	465	47	121	440
Bundesgebiet	503	2 116	288	2 669	1 953	126	4 233	724	1 070	4 671
dagegen: 1964	504	2 079	272	2 494	1 976	119	4 232	696	1 050	4 521
1963	503	2 032	270	2 495	2 002	139	4 241	680	1 031	4 404

1) Hauptamtliche Ärzte.- 2) Vertragsärzte.- 3) Außerdem Medizinalassistenten in Schleswig-Holstein 5, Baden-Württemberg 3, Bayern 1, Berlin (West) 5, Bundesgebiet 14; 1964 10; 1963 13.

31. Dezember 1965 nach Ländern und Geschlecht

Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland		Berlin (West)	
mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.
223	65	28	8	494	166	186	99	82	42	367	121	299	144	.	.	72	18
6	1	1	1	.	.	4	-	13	-	.	.	58	8	14	2	.	.
8	1	-	-	-	-	-	-
1 879	14 725	340	1 870	5 139	35 807	1 668	12 350	1 051	7 158	2 272	23 068	2 993	21 532	470	2 409	1 393	10 809
1 312	9 971	264	1 294	3 273	24 394	1 173	8 731	682	5 070	1 405	16 200	2 097	15 003	391	1 750	663	7 429
-	1 128	-	57	8	2 406	1	1 313	1	1 117	2	3 172	2	1 632	3	251	-	173
607	573	143	88	1 333	1 374	.	.	333	256	569	580	1 039	1 025	110	94	199	476
-	1 157	-	241	-	3 122	-	1 091	-	492	-	2 852	-	2 090	-	229	-	952
186	1 457	18	88	293	931	.	.	9	196	201	651	97	526	.	.	63	487
381	2 140	58	247	1 573	7 360	495	2 528	360	1 400	666	3 365	799	3 913	79	430	667	1 941
122	497	25	59	770	1 068	.	.	75	143	382	595	232	520	7	33	168	278
286	2 249	27	235	810	5 544	263	1 444	125	980	192	2 695	555	3 512	148	459	130	1 151
-	659	-	179	-	2 242	-	465	-	438	-	954	-	1 153	-	203	-	350
-	-	-	-	44	372	.	.	3	41	24	116	-	47	.	.	4	26
-	955	-	59	-	1 977	-	799	-	682	-	1 455	-	1 530	-	196	-	123
-	43	-	-	-	198	-	23	-	19	-	117	-	95	-	6	-	23
-	97	-	15	-	203	.	.	-	30	-	264	-	49	-	7	-	3
17	399	-	55	23	893	22	520	7	147	37	1 155	31	771	1	45	9	432
7	48	-	-	-	-	.	.	1	9	.	.	15	45	.	.	3	24
269	461	50	91	852	1 140	521	864	167	225	516	939	432	734	40	44	222	487
122	140	14	2	479	400	214	137	108	69	258	269	367	362	25	22	61	71
-	-	1	5	71	61	24	23	-	-	61	102	.	.	3	2	1	2
4	1 348	3	133	48	3 998	18	1 530	13	553	35	2 088	10	1 768	6	270	12	1 461
2	220	-	25	16	578	32	172	9	95	13	309	12	248	1	30	-	116
117	1	11	-	157	5	36	-	46	-	73	1	162	-	19	-	7	-
170	10	27	2	633	102	105	15	137	10	303	13	292	9	20	1	148	14
48	754	48	156	403	2 791	77	551	17	352	226	1 081	27	1 047	4	146	25	546
171	774	10	67	533	3 038	165	584	162	687	462	2 296	351	2 192	25	146	215	302
2	315	4	55	54	1 392	.	.	11	374	.	.	15	639	.	.	56	112

falen, Baden-Württemberg und Berlin.- 4) Ohne Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und Berlin.- in Krankenhäusern Tätige.- 9) Im Saarland einschl. Krankenpflegehelferschüler (-innen).- 10) Ohne Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg

Apotheken 1) und Personal der Apotheken am 31. Dezember 1965 nach Ländern

Land	Apotheken				Apotheker	Kandidaten der Pharmazie ³⁾	Vorgeprüfte Apotheker-anwärter	Apotheker-praktikanten	Stand.nicht-pharmazeut. Personal: Apoth.-helfer, Laboranten
	ins-gesamt	Voll-apotheken	Zweig-apotheken	Krankenhau-apotheken ²⁾					
Schleswig-Holstein	382	366	-	16	625	53	195	123	676 ^{a)}
Hamburg	336	328	-	8	802	88	185	129	654
Niedersachsen	1 145	1 099	16	30	1 869	165	513	345	2 024
Bremen	128	124	1	3	266	20	49	40	326
Nordrhein-Westfalen	2 876	2 770	10	96	4 718	495	1 275	992	4 237
Hessen	986	952	12	22	1 639	141	450	391	1 781
Rheinland-Pfalz	626	611	5	10	938	125	236	196	1 594
Baden-Württemberg	1 440	1 391	16	33	2 595	369	648	539	2 723
Bayern	1 753	1 723	4	26	2 902	292	520	566	3 217
Saarland	188	184	-	4	264	21	78	52	540
Berlin (West)	476	450	-	26	1 107	158	566	149	687
Bundesgebiet	10 336	9 998	64	274	17 725	1 927	4 715	3 522	18 459
dagegen: 1964	10 128	9 803	63	262	17 185	1 804	4 520	3 958	17 554
1963	9 895	9 579	63	253	16 866	1 727	4 267	4 191	16 866

1) Ohne Dispensieranstalten.- 2) Unter Leitung eines Apothekers.- 3) Apotheker zwischen Staatsexamen und Approbation.- a) In Schleswig-Holstein sind die Teilbeschäftigten nach der Dauer ihrer Arbeitszeit berechnet.